Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz).

Verlag der Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Postsendungen franko gegen franko Gewöhnliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von:
Fr. 2 — für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 3 — für Deutschland (Couvert)
fl. 1.70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate die dreigespaltene Petitzeile 25 Cts. — 20 Pfg

№ 27. Donnerstag, 2. Juli 1885.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat."

Da der „Sozialdemokrat" sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Spedizionen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr nothwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel versäumt werden, die Briefmarder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderniß ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat", resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Rekommandirung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat" unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Der Parlamentarismus und die Sozialdemokratie.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir in Nr. 23 des „Sozialdemokrat" einen Artikel, der die Stellung unserer Partei zum Parlamentarismus im Sinne der bekannten Kongreßbeschlüsse und entsprechend der gesammten bisherigen Praxis klarlegte.

Dieser Artikel, obgleich nichts enthaltend, was nicht jedem Kenner unserer Partei seit anderthalb Jahrzehnten bekannt sein mußte, hat in der deutschen Presse zu den wunderlichsten Kombinationen und Vermuthungen Anlaß gegeben. Die meisten Zeitungen thun, als sei auf einmal eine Schwenkung eingetreten und solle eine ganz neue Taktik eingeleitet werden; und auch die vernünftigeren der gegnerischen Blätter fördern sehr viel Schiefes und Albernes zu Tage; zum Beispiel die „Berliner Volkszeitung", welche unserem Artikel einen besonderen, denselben Titel tragenden Leitartikel („Der Parlamentarismus und die Sozialdemokratie", Nr. 133 vom 11. Juni) widmet. Wir lassen denselben nachstehend folgen, und werden zum Schluß einige Bemerkungen anfügen.

Also die „Berliner Volkszeitung" schreibt:

„In dem Züricher Parteiorgane der Sozialdemokratie ist neuerdings ein Artikel erschienen, der sich mit der Stellung der Sozialdemokratie zum Parlamentarismus beschäftigt. Aeußerlich knüpft derselbe an den von dem Abgeordneten Eugen Richter gegen die Sozialdemokratie erhobenen Vorwurf an, daß die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstage gefaulenzt hätten; seinem Inhalte nach ist er aber weiter nichts als eine Fortspinnung des in dem Frankfurter Protest ausgesprochenen Gedankens vom Sumpf des Parlamentarismus. Das Züricher Parteiorgan ist bekanntlich gegen diesen Sumpf. Daß die sozialdemokratische Fraktion in denselben hineingerathen, war der Ausgangspunkt des ganzen Streites. Während also von gegnerischer Seite der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Vorwurf gemacht wird, daß sie sich an den parlamentarischen Arbeiten nicht ausreichend betheiligt, wird sie im eigenen Lager angeklagt, weil sie es zu viel gethan habe. Indem das Züricher Organ sich gegen den Abgeordneten Richter wendet und ihn darüber in hochtrabenden Worten belehrt, was der Parlamentarismus für die Sozialdemokratie bedeutet, gibt es gleichzeitig der eigenen Fraktion eine nochmaligen Denkzettel. Und das ist eben der eigentliche Zweck des Artikels.

„Der Inhalt desselben läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß der Parlamentarismus für die Sozialdemokratie nur insofern einen Zweck hat, als er ihr Gelegenheit zur Agitation und Propaganda gibt. Was nachher, wenn die Wahlen vorüber sind, im Parlamente geschieht, das ist der Sozialdemokratie herzlich gleichgültig; Bedeutung hat es nur insoweit, als sich Gelegenheit bietet, durch Reden im Parlament Propaganda außerhalb desselben zu machen. „Unsere wichtigste parlamentarische Thätigkeit findet statt vor dem Zusammentritt des Parlaments, sie besteht in der Wahlagitation und im Wählen." „Die parlamentarische Thätigkeit der Sozialdemokratie ist wesentlich eine agitatorische und propagandistische — nicht eine legislatorische." Auf die Theilnahme an den Debatten und Abstimmungen solle zwar nicht verzichtet werden, allein das sei eine sehr nebensächliche Thätigkeit. Das Verhalten der Fraktion hat bekanntlich diesen Grundsätzen nicht so ganz entsprochen. Werden dieselben als maßgebend von der Partei anerkannt, so würde damit ein endgültiger Triumph der Eisenacher Richtung über die Lassalleaner zu verzeichnen sein.

„Lassalle erstrebte das gleiche Wahlrecht als erste und zunächst wichtigste Forderung. Im ersten Paragraphen des Statuts des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vom Mai 1863 spricht er die Ueberzeugung aus, daß nur durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassengesetze herbeigeführt werden könne. Er wollte das allgemeine Wahlrecht nicht um des Wählens willen, sondern um des Einflusses auf die Gesetzgebung. Er gab sich der Hoffnung hin, daß durch das allgemeine Wahlrecht die Arbeiter in den Stand gesetzt werden würden, eine Anzahl von Vertretern ihrer Interessen zu wählen, und daß die Anwesenheit von ein bis zwei Dutzend derselben im Parlamente schon eine große Errungenschaft im Sinne der Arbeiter sein würde, nicht weil ihre Wahl Gelegenheit bieten würde zur Propaganda, sondern weil er von ihrer Anwesenheit im Parlamente selbst einen günstigen Einfluß auf die Beschlüsse desselben erwartete. Dies Ziel ist heute in gewissem Umfange erreicht. Das allgemeine Wahlrecht kam überraschend schnell von selbst, und heute verfügt nicht nur die Sozialdemokratie trotz aller Hindernisse, die sich ihrer Ausbreitung entgegengestellt haben, wie der Krieg von 1870, die wüthende Fehde zwischen Eisenachern und Lassalleanern, die Attentate, das Ausnahmegesetz 2c., über eine beachtenswerthe Zahl von Mandaten, sondern die Zusammensetzung der Parteien im Reichstage ist eine derartige, daß die Fraktion weit über das Verhältniß ihrer Mandate zu der Gesammtzahl hinausgehenden Einfluß auf die Beschlüsse des Reichstages ausüben könnte. Könnte, d. h. wenn sie eben fähig und willens wäre, die günstige Konstellation zu benutzen und an der legislatorischen Arbeit mit Eifer und Geschick theilzunehmen. Das liegt aber, wie wir nun selbst belehrt werden, keineswegs in ihrer Absicht. Nicht der Mangel an Diäten ist es, wie gelegentlich behauptet wurde, der die Unfruchtbarkeit ihres Daseins bedingt, sondern es entspricht nicht ihren Prinzipien, mitzuarbeiten. Damit ist jedenfalls der von Lassalle eingenommene Standpunkt endgültig verlassen.

„Wie die Sozialdemokratie den Interessen ihrer Partei am besten zu dienen glaubt, ist am Ende ihre Sache. Wenn sie fürchtet, im parlamentarischen Sumpfe zu ersticken, so ist es gewiß klüger, wenn sie davon fern bleibt. Aber es gehört doch in heutiger Zeit eine gewisse Harmlosigkeit dazu, wenn nicht Absicht dahinter steckt, derartige Grundsätze über das allgemeine Wahlrecht zu verbreiten, wie es in dem Artikel des Züricher Organs geschieht. Es ist den Herren doch sicher nicht unbekannt, daß das allgemeine Wahlrecht von der Reaktion schon lange als ein Pfahl im Fleische empfunden wird, und daß man nur zu geneigt ist, den schmerzhaften Stachel zu entfernen. Die Vertheidigung des allgemeinen Wahlrechts wird aber ungemein schwierig, wenn grade Diejenigen, denen es die politische Gleichberechtigung gebracht hat, so nichtachtend mit ihm umspringen. Bessere Waffen gegen die größte freiheitliche Errungenschaft seit 1848, als sie in Zürich geschmiedet werden, kann die Reaktion gar nicht verlangen.

„Entweder also die radikale Strömung hat in der Sozialdemokratie in dem Maße die Oberhand gewonnen, daß sie selbst eine Gefährdung des allgemeinen Wahlrechts riskiren zu können glaubt, oder sie spielt mit dem Feuer, ohne sich darüber klar geworden zu sein, wohin das Spiel führt. Da Letzteres nicht wahrscheinlich, müssen wir zu unserem Bedauern das Erstere annehmen. Das ist aber ein Zeichen mehr, daß die Sozialdemokratie, wenn sie sich zu den Zürichern und Frankfurtern hält, Bahnen einschlägt, welche sicher den Arbeitern nicht zum Heile gereichen werden."

So die „Berliner Volkszeitung".

Zunächst sei bemerkt, daß es uns mit unserem Artikel nicht entfernt eingefallen ist, „eine Fortspinnung des in dem Frankfurter Protest ausgesprochenen Gedankens vom Sumpf des Parlamentarismus" liefern zu wollen. Der von uns ausgesprochene Gedanke ist allen deutschen Sozialdemokraten gemeinsam, und wenn die „Berliner Volkszeitung" sich die Mühe nimmt, unsere früheren Jahrgänge zu durchblättern, so wird sie, wann immer vom Parlamentarismus die Rede ist, nie einen anderen Gedanken ausgesprochen finden. Unsere Partei hat, seit sie besteht, jederzeit den Schwerpunkt der parlamentarischen Thätigkeit außerhalb des Reichstages gesucht, und wird dies wohl oder übel so lange thun müssen, als sie ihren Schwerpunkt nicht im Reichstage hat. Oder will etwa Jemand behaupten, wir hätten ihn dort?

Die „Frankfurter Zeitung" hat unsere Fraktion mit der Fortschrittsfraktion, als diese 1878 blos 23 Mitglieder stark war, verglichen und uns die gewaltige parlamentarische Thätigkeit dieses Häufleins zum Muster hingestellt.

Die „Frankfurter Zeitung" vergißt, daß die Fortschrittspartei den Kern der deutschen Bourgeoisie, d. h. der herrschenden Klasse, vertritt, und zwar gerade denjenigen Theil, mit welchem Bismarck seit Beginn seiner Regierung kämpft.

Ob die Fortschrittspartei im Reichstage 23 oder 100 Mann zählt, das bleibt sich ziemlich gleich — hinter ihr steht der Kern der deutschen Bourgeoisie, d. h. der Klasse, die ökonomisch unbestritten herrscht und blos über die Form der ökonomischen Ausbeutung mit den reaktionären Parteien unter Bismarck's Führung sich streitet. Eine ähnliche Stellung wie die 23 Fortschrittler des deutschen Reichstags von 1878 nahmen die berühmten „sieben" liberalen Bourgeois im Corps législatif des Bonaparte ein. Numerisch nichts, waren sie eine Macht, mit der gerechnet werden mußte, wegen dessen, was hinter ihnen stand.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten dagegen vertreten eine Partei, die erst nach der Herrschaft strebt und ihr Ziel nur durch Niederwerfung aller anderen Parteien erreichen kann, die ihr darum insgesammt feindlich gegenüberstehen.

Das ist ein sehr großer Unterschied, den die Pfiffikusse der „Frankf. Ztg." ganz übersehen haben.

Durchaus irrig ist die Annahme der „Volkszeitung", wir hätten der sozialdemokratischen Fraktion den Vorwurf gemacht, daß sie in den Sumpf des Parlamentarismus hineingerathen sei.

Der Vorwurf wäre ein sinnloser gewesen; denn in der sozialdemokratischen Fraktion befindet sich unseres Wissens kein Mitglied, das die parlamentarische Thätigkeit der Sozialdemokratie wesentlich verschieden von uns auffaßte.

Ebenso irrt die „Volkszeitung", wenn sie glaubt, zwischen den ehemaligen „Eisenachern" und „Lassalleanern" herrschte in Bezug auf diesen Punkt abweichende Meinung. Weder auf dem Einigungskongreß des Jahres 1875 noch auf den späteren Kongressen ist die leiseste Differenz in Bezug auf diesen Punkt zu Tage getreten.

Wenn die „Volkszeitung" meint, wir unterschätzten das allgemeine Wahlrecht", so irrt sie sich wiederum. Wir legen demselben eine außerordentlich hohe Bedeutung bei, überschätzen es aber auch nicht. Und eine Ueberschätzung wäre es, glaubten wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen an die Möglichkeit unmittelbarer parlamentarischer Erfolge.

Im Reichstage fehlt es uns an der nöthigen Macht. Die Macht müssen wir uns erst außerhalb des Reichstages erobern, und hiefür ist das allgemeine Stimmrecht eine vorzügliche Waffe.

Wir begreifen in der That nicht, wie die „Volkszeitung" aus unserem Artikel eine Nichtachtung des allgemeinen Wahlrechts herauslesen konnte. Wir machen uns keine Illusionen. Das ist Alles.

C.

Noch einmal die Dampfersubvention.

Es sind uns folgende zwei Zuschriften zugegangen:

Stuttgart, 20. Juni 1885.

Geehrte Redaktion!

In der Nr. 22 Ihres Blattes veröffentlichten Sie unter der Rubrik: „Sozialpolitische Rundschau" eine auf die Dampfersubvention bezügliche Notiz, worin behauptet wird, daß, gleich den Koloniengründungen der pp. Wörmann, Lüderitz und Genossen, auch die Dampfersubvention sich als „Schwindel in des Wortes gemeinster Bedeutung" herausgestellt habe.

„Der Bremer Lloyd", so heißt es u. A. in der betr. Notiz, „oder wie er mit seinem persönlichen Namen heißt: Herr Meier von Bremen („Der Lloyd, das bin ich!"), brauchte Geld und wendete sich zu diesem Behufe an gewisse, der Reichsregierung nahestehende Individuen, mit deren Hilfe dann die Sache in Szene gesetzt ward. Herrn Meier wurde eine feste Subvention zugesichert. Da sich das Ding nicht so ohne Weiteres machen ließ und die Sanktion des Reichstags eingeholt werden mußte, so war man genöthigt, dem schmutzigen Geschäft ein Mäntelchen überzuwerfen; man redete von vaterländischen Interessen, und wie es Pflicht eines jeden Patrioten sei, dieselben zu fördern und versprach dem Volke goldene Berge, wenn es sich für die Subvention begeistere. Vergebens deckte unsere Genosse Dietz den Schwindel auf, vergebens erklärte er — „was die Spatzen von den Dächern pfiffen" —, daß das Geschäft mit Herrn Meier in Bremen bereits fix und fertig abgeschlossen sei. Der Reichstag hörte nicht auf die warnende Stimme, wollte nicht auf sie hören. Und so kam denn die famose Gesetzesvorlage zu Stande. Tugendscheu hat man eine kleine Anstandspause gemacht; sie ist aber nun vorüber und — Herr Meier in Bremen wird nächstens die Millionen der Dampfersubvention in der Tasche haben. Das nennt man Unterstützung des deutschen Handels und der deutschen Industrie! Und wer zahlt die Millionen, welche in die Taschen des Herrn Meier in Bremen dugsirt werden?" — —

Die unterzeichneten Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, von denen bekannt ist, daß sie seinerzeit mit der Vorlage betr. die Dampfersubvention sympathisirten, sehen sich nun veranlaßt, zu erklären, daß die Darstellung des Sachverhalts, wie sie in der vorstehenden Notiz enthalten, eine durchaus falsche und der Wirklichkeit nicht entsprechende ist.

Wäre es wahr, was jene Notiz behauptet, daß die Subventionsvorlage ein ganz gemeiner Schwindel war, nur bestimmt, dem bankrotten Lloyd wieder auf die Beine zu helfen, und wäre es weiter wahr, daß der Abgeordnete Dietz diesen Schwindel durchschaut hatte, dann bliebe, angesichts der Thatsache, daß bis zur endgiltigen dritten Lesung der Dampfervorlage die Majorität der Fraktion entschlossen war, für dieselbe zu stimmen, wenn ihre bekannten Amendements angenommen worden wären, kein anderer Schluß mehr übrig, als daß die Majorität der Fraktion mit vollem und klarem Bewußtsein einen offenkundigen Schwindel zu unterstützen bereit gewesen wäre.

Herr Most hat früher in seiner „Freiheit" ausgesprochen, daß die Fraktion von den Schiffsrhedern, welche auf die Subventionssumme spekulirten, sich habe bestechen lassen. Daß die vorstehend erwähnte Notiz ungefähr zu gleichen Schlußfolgerungen führt, dürfte der Redaktion des „Sozialdemokrat" bei nochmaligem Durchlesen derselben schwerlich entgehen.

Wir überlassen es unseren Parteigenossen und der öffentlichen Meinung, ein endgiltiges Urtheil in dieser Angelegenheit abzugeben.

Zur Sache selbst erklären wir nur noch, daß unseres Wissens und nach allgemeiner Annahme der Bremer Lloyd eines der kapitalkräftigsten Unternehmen in ganz Deutschland ist, womit die ganze, auf die Lüge vom Lloyd-Bankerott aufgebaute Schauergeschichte in der betr. Notiz in sich selbst zusammenfällt.

Was aber das „Durchschauen des angeblichen Schwindels" betrifft, so haben die Unterzeichneten in Uebereinstimmung mit dem Abgeordneten Dietz nie etwas Anderes behauptet, als daß der mit Kapital und Schiffen reichlichst ausgerüstete Bremer Lloyd jeder Konkurrenz von vornherein überlegen sein würde, wenn nicht in das Gesetz eine Bestimmung Aufnahme fände, wonach nur neue Schiffe für die betreffende Linie eingestellt werden dürften. Dafür, daß diese Ansicht „selbst die Spatzen von den Dächern herunterpfiffen", hat die Fraktionsmehrheit allerdings gesorgt.

Wir kämpften also nicht gegen den bankrotten, sondern gegen den kapitalübermächtigen Lloyd. Das Märchen von dem Bankerott war damals noch nicht gedichtet.

J. Auer. Wilhelm Blos. Bruno Geiser.
C. Grillenberger.

***

Die zweite Zuschrift lautet:

In Nr. 22 des „Sozialdemokrat" befindet sich unter der „Sozialpolitischen Rundschau" an zweiter Stelle eine Notiz, die den Genossen in Deutschland tiefer gehängt werden muß.

Dieselbe stellt in nüchternen klaren Worten die soviel beregte Dampfersubvention als „Schwindel" und zwar „als Schwindel in des Wortes gemeinster Bedeutung" hin. Es heißt dann weiter: „Vergebens deckte unser Genosse Dietz den Schwindel auf, daß das Geschäft mit Herrn Meier in Bremen bereits fix und fertig abgeschlossen sei" 2c.

Hieraus muß Jeder folgern, daß der Unterzeichnete von vornherein von einem in Szene gesetzten Schwindel überzeugt war, aber trotzdem mitmachte, um sich vor aller Welt als „Schwindler in des Wortes gemeinster Bedeutung" hinzustellen. Und weiter ist hieraus zu folgern, daß die Fraktionsmajorität entweder aus schwachköpfigen Leuten bestand oder — gleichfalls den „Schwindel" bewußt mitmachte.

Der „Sozial-Demokrat" registrirte seinerzeit sorgfältig jede der Dampfersubvention nicht günstige Aeußerung, namentlich der im Auslande lebenden Genossen, und verfehlte auch nicht, den von Most gebrauchten Ausdruck, die Majorität sei von Schiffsrhedern bestochen, getreulich zum Abdruck zu bringen. Wenn nun in der obigen Notiz gesagt wird, die Dampfersubvention sei nur in Szene gesetzt, um dem bankerotten Bremer Lloyd auf die Beine zu helfen*), so läßt dieser Wink mit dem Zaunpfahl an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

*) Aus verschiedenen Gründen vermuthete ich seinerzeit, daß Abmachungen zwischen der Reichsregierung und dem Bremer Lloyd, respektive Bremen, existirten, die dahin gingen, die Subvention Bremen zuzuweisen. Hamburg besitzt momentan fast elf Zwölftel des gesammten

Ich will jetzt nur noch die eine Frage aufwerfen: Halten die Genossen in Deutschland die Fraktionsmehrheit aus Schwindlern zusammengesetzt, halten sie es für möglich, daß die Redlichkeit der Arbeitervertreter im Reichstage eine zweifelhafte ist — dann ist es auch ihre Pflicht, die Betreffenden aufzufordern, ihre Mandate niederzulegen. Schwindler gehören nicht in den Reichstag. Sind die Genossen jedoch von der Ehrlichkeit und der Prinzipientreue ihrer Vertreter überzeugt, so muß ihnen die Schamröthe heiß in's Gesicht steigen ob der Schmach, die man uns, die man der ganzen sozialdemokratischen Partei zugefügt hat.

J. H. W. Dietz.

***

Die Notiz war uns seinerzeit aus Deutschland zugeschickt worden, wir haben es daher für das Einfachste gehalten, dem Verfasser von beiden Gegen-Einsendungen sofort Kenntniß zu geben. Derselbe schreibt uns in Erwiderung auf dieselben:

„Offen gestanden, ich verstehe nicht, wie meine Notiz betreffend das Geschäft (job nennen es die Engländer) zwischen Reichsregierung und Herrn Meier-Bremen so mißdeutet werden konnte, als habe ich die Haltung eines Theiles der sozialdemokratischen Abgeordneten in der Dampfersubventionsfrage direkt oder indirekt tadeln wollen. Und da mir eine solche Absicht auch jetzt vollkommen fremd ist, so beschränke ich mich, rein vertheidigungsweise, auf folgende Bemerkungen.

„Mein einziger Zweck war, den Schwindel bloßzulegen, der mit der Dampfersubvention thatsächlich getrieben worden ist. Ob der „Norddeutsche Lloyd" Geld brauchte oder nicht — daß er „bankrott" sei, habe ich nicht gesagt —, ist für die Beurtheilung des Schwindels ganz gleichgiltig.

„Genug: dem „Norddeutschen Lloyd" sind Gelder in die Tasche praktizirt worden, die von den Volksmassen aufgebracht werden müssen und für deren Ausgabe gewiß keine zwingende Nothwendigkeit im öffentlichen Interesse nachzuweisen ist. Das ist der springende Punkt. Einen flagranteren „Job" hat die moderne Geschichte nicht aufzuweisen, und derartige Manipulationen zu geißeln, ist nicht blos mein Recht, sondern sogar meine Pflicht als Publizist.

„Das Spiel, welches Reichsregierung und Lloyd mit einander gespielt, hat sich erst im Lauf der Berathungen herausgestellt, und zwar ganz wesentlich durch das Verdienst unseres Genossen Dietz, dem ich ausdrücklich meine Anerkennung gezollt habe. Daß für diese Lloyd-Mogelei die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht verantwortlich gemacht werden können, scheint mir so selbstverständlich, daß ich kein Wort darüber verliere. Und auch in den Augen derer unserer Parteigenossen, welche der Dampfersubvention gegenüber eine ablehnende Haltung der Fraktion gewünscht hätten, kann die Fraktionsmehrheit ein Vorwurf nicht treffen, da ja die Gesammtfraktion schließlich gegen die Subvention gestimmt hat.

„Und damit ist dieser Zwischenfall hier im Organ für mich erledigt."

***

Und damit könnten auch wir die Sache für uns erledigt erklären, wenn uns nicht in der Dietz'schen Einsendung ein Vorwurf gemacht würde, auf den wir unbedingt antworten müssen. Wir meinen den Passus, wo von dem „getreulichen Abdruck" des Most'schen Angriffes die Rede ist.

Um zu zeigen, wie wenig begründet dieser Vorwurf ist, lassen wir den betreffenden „Abdruck" hier noch einmal folgen. Derselbe findet sich in Nr. 20 des „Soz." und lautet:

„Was die letztere, die anarchistische Presse, anbetrifft, so können wir deren Auslassungen einfach ignoriren. Wenn der Gardinenheld Most von „Bestechung durch Dampfschiffgesellschaften" faselt, so zuckt jeder vernünftige Genosse über so alberne Vorwürfe die Achseln. Mit solcher Polemik kommt man ebensoweit wie mit der Unsitte, in jeder unbequemen oder auch ungeschickten Opposition die Hand der Polizei zu suchen. Anspruch auf Beachtung haben dagegen die Stimmen unserer amerikanischen Bruderorgane."

Dies die Notiz, welche den Zorn des Abgeordneten Dietz hervorgerufen hat.

Wir überlassen es den Genossen, zu beurtheilen, ob sie wirklich geeignet ist, ihnen die „Schamröthe heiß in's Gesicht steigen" zu machen, oder ob nicht die Empfindlichkeit, die ein Theil unserer Abgeordneten in der ganzen Dampfersubventions-Affäre an den Tag gelegt, hier Dietz veranlaßt, uns Dinge zu unterstellen, gegen die wir berechtigt wären, uns in der schärfsten Weise zu verwahren. Denn eine ehrenkränkendere Beschuldigung als die, wir hätten uns hinter Herrn Most versteckt, um die Fraktionsmehrheit als bestochen zu verdächtigen, gibt es für uns nicht.

Indeß wie so manches Andere wollen wir auch diese — eigenartige Auslegung unserer Worte auf Rechnung der abnormen Empfindlichkeit stellen, welche der ganzen Diskussion über die Dampfersubventionsfrage einen so unleidlichen Charakter verliehen. Sie wird hoffentlich nicht ewig dauern, denn sie ist in keiner Partei weniger am Platze als in der unserigen.

In der That, wohin muß es schließlich führen, wenn die Geltendmachung einer abweichenden Beurtheilung irgend einer Tagesfrage mit dem Vorwurf beantwortet wird, man habe die Vertreter der anderen Auffassung als Schwachköpfe oder Schufte hingestellt? Ist da überhaupt noch eine Debatte möglich?

Handels zwischen Ostasien, Australien und Deutschland (Bremen hat nur einen starken Reisimport); die Ueberführung der subventionirten Linien nach Bremen, die naturgemäß nach Hamburg gehören, mußte den gesammten Hamburgischen Handel und damit auch die von der Schifffahrt 2c. lebende Arbeiterschaft auf's Schwerste schädigen. Deshalb unser Antrag auf Einstellung neuer, in Deutschland gebauter Schiffe. Der Antrag hatte einen doppelten Zweck: 1) den deutschen Schiffsbauern, die momentan zu vielen Tausenden brotlos sind, Arbeit zu beschaffen; 2) den beiden Städten Hamburg und Bremen gleiche Konkurrenzverhältnisse zu schaffen. — Es ist wohl bekannt, daß der Bremer Lloyd im Besitze einer großen Flotte älterer Schiffe ist, die bei eventueller Uebernahme der Linien sofort in Dienst gestellt werden kann, während die Hamburger Rhederei zur Uebernahme der Linien neue Schiffe hätte bauen müssen. Der Vorsprung des Bremer Lloyds, des größten Rhedereigeschäfts Deutschlands, war daher Jedem, der sehen wollte, klar. Wir bekämpften diese Uebermacht und verlangten gleiches Recht für beide Städte. — Wie sehr wir mit unseren Anträgen Recht hatten, beweist die Thatsache, daß Hamburg (welches in Sachen des Zollanschlusses bei der Reichsregierung nicht gut angeschrieben ist) kalt gestellt wurde und Bremen die Subvention zugewiesen erhalten hat. Ob der lautlose, stillfreudige Anschluß Bremens an den Zollverein der Einsatz gewesen ist, will ich nicht untersuchen, keinesfalls ist der Reichstagsabgeordnete Meier mehr als die Mittelsperson gewesen; die Behauptung, daß er (Meier) „Geld braucht", ist daher unwahr und beweist nur, daß „man" sich die Sache auch heute noch nicht klar gemacht hat. — Ich stehe auch jetzt noch auf dem Standpunkt, daß jede Erweiterung der Verkehrswege, und namentlich der internationalen, kulturfördernd ist und im Interesse der arbeitenden Klassen liegt. Ich kann in einer Vorlage, wie die der Dampfersubvention, an und für sich keinen „Schwindel" erblicken. Wohl aber können sich in die Ausführung solcher Gesetze Dinge einschleichen, die es mir und jedem ehrlichen Sozialdemokraten verbieten, endgiltig dafür einzutreten. Unsere Fraktion hat denn auch, nachdem sie vergeblich versuchte, dem Gesetz eine allgemein nützliche Wendung zu geben, gegen die Vorlage votirt.

Der Einsender.

Sozialpolitische Rundschau.

[Zürich, 1. Juli 1885.

s. Die Unwissenheit unserer Gegner in Allem, was das Wesen und Handeln der sozialdemokratischen Partei betrifft, ist schon wiederholt von uns an den Pranger gestellt worden. Die wenigen Gegner, welche sich die Mühe gegeben, uns kennen zu lernen, verbreiten, mit seltenen Ausnahmen, die abgeschmacktesten Lügen; und die meisten glauben entweder diese Lügen, oder lügen auf eigene Faust, da der verhaßten Sozialdemokratie gegenüber ihnen Alles erlaubt scheint.

Eins der beliebtesten Lügenmärchen ist, daß die sozialdemokratische Partei durch ihr wüstes Gebahren den Staat und die Gesellschaft zu der Knebelakte des Sozialistengesetzes genöthigt habe, und daß erst nachdem das Sozialistengesetz seine erzieherischen Wirkungen geäußert, die Vertreter der Partei im Reichstag sich zu „positiver Theilnahme an der Gesetzgebung" verstanden und in letzter Session das Arbeiterschutzgesetz eingebracht hätten. Daß diese Behauptung den Thatsachen widerspricht, ja geradezu ihnen ins Gesicht schlägt, wissen alle unsere Leser, und ist von uns mehr als einmal an der Hand der Thatsachen nachgewiesen worden.

Heut werden wir nun durch deutsche Zeitungen an eine Rede erinnert, welche dies in das denkbar hellste Licht stellt. Die fragliche Rede wurde im Jahr 1877, im Jahr vor Erlaß des Sozialistengesetzes, von dem nationalliberalen Vizebürgermeister Dr. Stephany von Leipzig, gewiß einem unverdächtigen Zeugen, gehalten, und es kommt darin nach dem, ebenfalls gewiß unverdächtigen Referat des „Leipziger Tageblatt" folgender Passus vor:

„Die Sozialdemokraten legten (in der Reichstagssession von 1877) einen sehr umfassenden und großen Gesetzentwurf vor, von dem anzuerkennen ist, daß diese Partei sich damit zum ersten Male in wirklich produktiver Weise an den gesetzgeberischen Arbeiten betheiligte. Es waren Anträge, die sich im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung bewegten. Freilich ist hinzuzufügen, daß die sozialistischen Abgeordneten während der Berathung der Anträge erklärten, sie gäben ihre wirklichen Ziele damit nicht auf und wollten nur aus Zweckmäßigkeitsgründen sich mit dem augenblicklich Erreichbaren begnügen. Man kann trotzdem die Hoffnung haben, daß die Sozialdemokraten, nachdem sie einmal, wenn auch vielleicht unbewußt und widerwillig, sich auf den Boden der herrschenden Gesellschaftsordnung gestellt, mit derartigen Anträgen fortfahren werden."

Es wird hier also mit deutlichen Worten gesagt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten sich ein Jahr vor Erlaß des Sozialistengesetzes ernstlich an den gesetzgeberischen Arbeiten des Reichstags betheiligt haben.

Die „Anträge", von denen Herr Dr. Stephany hier spricht, sind das bekannte Arbeiterschutzgesetz, welches in der Session des Jahres 1877 von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebracht wurde, und welches, wenn man das Datum berücksichtigt, und den damaligen Verhältnissen Rechnung trägt, in seiner Art ebenso umfassend und weitgehend war, wie der Arbeiterschutzgesetzentwurf der letzten Session.

Herr Stephany wußte also ganz genau, daß die Vorwürfe, welche 1878 gegen die Sozialdemokratie erhoben wurden: sie habe ein immer ungeberdigeres und exzessiveres Wesen „angenommen", so daß der Staat und die Gesellschaft zur Selbstvertheidigung genöthigt gewesen seien, jedes thatsächlichen Grundes ermangelten.

Herr Stephany wußte sehr genau, — und er war nicht der Einzige, der es wußte — daß die sozialdemokratische Partei, weit entfernt, in Sektirerei und Fanatismus zu verfallen, mehr und mehr alle Sektirerei und allen Fanatismus abschüttelte und sich mit vollstem Ernst den praktischen Aufgaben der ökonomischen Umgestaltung unterzog.

Das hinderte jedoch Herrn Stephany und die Mehrzahl der Reichstagsabgeordneten nicht, für das Sozialistengesetz zu stimmen.

Der Einwand, die Sozialdemokraten hätten mit Einbringung des Arbeiterschutzgesetzes „ihre wirklichen Ziele nicht aufgegeben", ist so komisch, daß er einer Widerlegung nicht bedarf. Er konnte blos aus dem Munde eines Nationalliberalen kommen, dessen Partei, so lange sie bestanden hat, nichts anderes zu thun hatte, als durch „Kompromisse" „ihre wirklichen Ziele aufzugeben" — eine Praxis, an welcher die nationalliberale Partei, wie männiglich bekannt, glücklich zu Grunde gegangen ist.

Genug, durch die von uns der Vergessenheit entzogene Rede des nationalliberalen Vizebürgermeisters von Leipzig ist auch die Thatsache der Vergessenheit entrissen worden, daß die Urheber des Sozialistengesetzes sehr genau das Hinfällige der zu Gunsten desselben angeführten Argumente kannten.

Außer der angeblichen „Rohheit und Exzessivität" der Sozialdemokraten mußten freilich auch noch die famosen „Attentate" herhalten. Indeß seit gerichtlich konstatirt ist, daß die Attentäter an Herrn Stöcker's Rockschößen hängen, kann zur Rechtfertigung oder Beschönigung des Sozialistengesetzes nicht mehr von Hödel und Nobiling die Rede sein.

Wir halten es für unsere Pflicht, immer und immer wieder auf diesen Punkt zurückzukommen. Es kann den Genossen nicht oft genug ins Gedächtniß gerufen, unseren Feinden nicht oft genug ins Gesicht geschleudert werden, daß das Sozialistengesetz unter lügenhaften Vorspiegelungen erlassen, und daß eine große Partei den politischen Interessen des Fürsten Bismarck und seiner Trabanten geopfert worden ist. Millionen in Deutschland rechtlos gemacht, Tausende und Tausende geächtet, ins Elend getrieben, wie wilde Thiere gehetzt — damit Fürst Bismarck ein paar Jahre länger sein staatsmännisches Schwindelgeschäft fortsetzen kann! Nero, der Rom in Brand steckte, um sich ein paar vergnügte Stunden zu bereiten, war er ein größerer Verbrecher? —

— Die Versammlungen, in denen die deutschen Arbeiter sich mit dem Vorgehen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Allgemeinen, und insbesondere mit dem Arbeiterschutzgesetz-Entwurf derselben einverstanden erklären, häufen sich. Neuerdings haben solche Versammlungen stattgefunden in Hannover, wo Meister, in Elberfeld, wo Harm, in Meerane, wo Stolle und Liebknecht, in Glauchau, wo Liebknecht, und in Frankfurt am Main, wo Sabor, in Darmstadt, wo Grillenberger referirten. Es fehlt uns der Raum, auf die einzelnen Referate näher einzugehen, dagegen glauben wir als charakteristisch für die Stimmung in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft auf zwei der beschlossenen Resolutionen zurückkommen zu sollen.

In der in Elberfeld einstimmig angenommenen Resolution heißt es in der Einleitung:

„Die heute, am 21. Juni, auf dem Johannisberg tagende, von ungefähr tausend Personen besuchte Volksversammlung erklärt: In Erwägung, daß die Mitglieder der Majorität im deutschen Reichstag geborene Gegner des Volkswohles sind, was dieselben in der jüngsten Session aufs Neue und genügsam bewiesen, indem sie nur die Interessen des Besitzes wahrgenommen, die des Volkes jedoch schnöde mißachtet haben; in ferneren Erwägung, daß die Arbeiter die Lösung der sozialen Frage von einem derartig zusammengesetzten Reichstage niemals erwarten können: hält es die Versammlung für die heiligste Pflicht des Volkes, seine Geschicke selber in die Hand zu nehmen."

In Frankfurt am Main wurde die folgende, von Sabor beantragte Resolution mit stürmischem, allseitigem Applaus begrüßt:

„Die Betheiligung der sozialdemokratischen Fraktion an der parlamentarischen Thätigkeit ist zu billigen. Anerkennenswerth ist auch, daß dieselbe, wie jüngst durch den Arbeiterschutzgesetz-Entwurf, unmittelbare Verbesserungen der Lage der arbeitenden Klassen herbeizuführen versucht. Aber grade die Erfahrung in dieser Richtung, die für die Großgrundbesitzer sehr vortheilhaften, für die weiteren Volkskreise sehr nachtheiligen Ergebnisse der letzten Reichstagssession müssen die Hoffnung auf sofortige praktische Erfolge durch die Gesetzgebung bedeutend herabstimmen und demzufolge naturgemäß den Wunsch nach einer vorzugsweisen agitatorischen Wirksamkeit der Arbeiter-Vertreter verstärken."

Zur Abstimmung über diese Resolution kam es nicht, da das Auftreten Frohme's einen argen Tumult in der Versammlung hervorrief, der die Schließung derselben vor Erledigung der Tagesordnung zur Folge hatte. Aus den Berichten der Presse geht aber hervor, daß vielleicht mit Ausnahme von einem Dutzend Personen die Anwesenden sämmtlich für die Resolution gestimmt hätten.

Das sind die Früchte des Schutzes der nationalen Profite!

— Herr Stöcker ist noch nicht wegen Meineids in Untersuchungshaft genommen, und wird es auch nicht werden. Im Gegentheil, er wird von seinen Freunden und Parteigenossen zum Gegenstand zahlreicher Ovationen gemacht, und man behauptet, es solle ihm eine Dotation in

---

Feuilleton.

Karl Höchberg. †

Ein reicher Sozialdemokrat gestorben, — mit diesen Worten hat die Tagespresse die Nachricht vom Tode Karl Höchberg's eingeleitet; der Reichthum des Mannes war es, der ihn ihr und ihrem Publikum interessant machte.

Es ist das so natürlich, entspricht so dem Geiste unserer Zeit, daß es thöricht sein würde, darüber uns nur einen Augenblick aufzuhalten. Weshalb wir diese Worte an die Spitze auch dieses Nachrufes gesetzt, ist, weil sie in der That auf den Verstorbenen zutreffen.

Ja, er war reich, unser so früh dahingeschiedener Freund, er war in Wahrheit ein reicher Sozialdemokrat. Aber der Reichthum, der ihm die Liebe und Achtung Aller sicherte, die ihn kannten, der sein Andenken unverlöschlich im Gedächtniß Derer fortleben lassen wird, die ihm näher gestanden, dieser Reichthum ist ganz anderer Natur als der vom großen Haufen der Gegner bewunderte. Er betrifft nicht die materiellen Glücksgüter Höchberg's, welche die Fama weit übertrieben hat, er betrifft die seltenen Eigenschaften seines Geistes und Charakters. Einen reichbegabten Kopf und ein reiches, reiches Herz betrauern wir — es ist der außerordentliche Mensch, um dessen Verlust wir klagen.

Karl Höchberg war am 8. September 1853 in Frankfurt am Main geboren, als der älteste Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns. Schon sehr früh verlor der Knabe seine Mutter, von der er zweifelsohne den Keim zu der tückischen Krankheit geerbt, die auch ihn dahinraffen sollte. Auch sonst war seine Jugend keine ungetrübte. Im Jahre 1866 war Frankfurt am Main von den Preußen erobert worden, und es mag als ein Kuriosum erwähnt werden, daß der in diesen Tagen verstorbene General von Manteuffel damals im Höchberg'schen Hause logirte. — Nach der Annexion erwarben viele Frankfurter Bürger für ihre Söhne das Schweizer Bürgerrecht, um dieselben von der Pflicht zu befreien, im preußischen Heere zu dienen, ein Schritt, den die preußische Regierung mit der Ausweisung der betreffenden jungen Leute aus Preußen beantwortete. Somit mußte auch der vierzehnjährige Höchberg sein Vaterhaus verlassen. Er kam nach dem nahegelegenen Darmstadt zu einem Gymnasialprofessor in Pension, woselbst er in geradezu klosterhafter Zucht und spartanischer — Einfachheit gehalten wurde. Höchberg hat nie ohne Bitterkeit von derjenigen Epoche seines Lebens gesprochen, an welche sich bei anderen Leuten gewöhnlich die angenehmsten Erinnungen knüpfen.

Auf dem Gymnasium gehörte Höchberg zu den besten Schülern, und zeichnete sich frühzeitig durch seine geistige Unabhängigkeit aus. So erhielt er in der Prima für seine Aufsätze stets glänzende Prädikate, was die formelle Behandlung des Themas anbetraf, fast unter keinem derselben fehlten aber Ermahnungen über die darin entwickelten subversiven Anschauungen. Insbesondere verübelten ihm die Lehrer sein freimüthiges Bekenntniß zum Vogt-Büchner'schen Materialismus, von dem sich Höchberg später, als er die Universität bezogen, allerdings abwandte.

Bald nachdem Höchberg, mit vorzüglichem Zeugniß, das Gymnasium absolvirt und durch Stellung zum Militärdienst sich die Rückkehr in seine Vaterstadt erwirkt, starb sein Vater, und so erhielt der junge Student plötzlich die Verfügung über ein namhaftes Vermögen. Auf seine äußere Lebensweise hatte dieser Umstand keinen Einfluß — der ärmste Kommilitone konnte nicht einfacher leben als er, wohl aber auf seinen Studiengang. Was er sich an anderen Vergnügungen versagte, das sollte in jeder Beziehung die Wissenschaft ersetzen.

Zu seinem Spezialstudium hatte er sich die Philosophie erwählt, aber er faßte dieselbe im weitesten Sinne auf, kein Gebiet des Wissens sollte ihm fremd bleiben. Mit einem wahren Heißhunger studirte er, arbeitete er Tag und Nacht, bis — seine Konstitution ihm Einhalt gebot. Die sitzende Lebensweise hatte Verdauungsstörungen zur Folge, das angestrengte Studium Schlaflosigkeit, die sich schließlich in einer Weise steigerte, daß Höchberg auf dringendes Anrathen der Aerzte sich entschloß, sein Studium zu unterbrechen, und zunächst in einem Kurorte Heilung suchte.

Aber er war nicht zur geistigen Ruhe geschaffen. Schon auf der Universität hatte er, wohl namentlich durch Friedrich Albert Lange angeregt, der auch auf seine philosophische Richtung bestimmend einwirkte, lebhaftes Interesse für die Sozialwissenschaften gefaßt, und das Anwachsen der Sozialdemokratie in der ersten Hälfte der siebenziger Jahre hatte seine Aufmerksamkeit auf die Partei des kämpfenden Proletariats gelenkt. Jetzt beschäftigte er sich eingehender mit der speziell sozialistischen Literatur, verfolgte eifrig die sozialistische Presse, trat mit bekannten Sozialisten, namentlich dem verstorbenen Geib, in Verbindung, und schloß sich auch schließlich — im Jahre 1876 — der Partei als Mitglied an.

Freilich — und wir thun dem Verstorbenen kein Unrecht, wenn wir diesen Umstand hervorheben, sondern glauben vielmehr sein Bild reiner hervortreten zu lassen — freilich war dieser Beitritt mehr ein formeller, als ein wirklicher, rückhaltloser. Nicht als ob Höchberg irgend welche unsauberen Hintergedanken im Auge gehabt hätte, als ob es ihm nicht Ernst mit dem Sozialismus gewesen wäre. Davon kann keine Rede sein. Er meinte es so aufrichtig mit dem Sozialismus wie nur Einer. Aber seine Auffassung von der Stellung unserer Partei war eine, von der unserem Programm zu Grunde liegenden verschiedene. Wie er selbst durch seinen starken Sinn für Gerechtigkeit zum Sozialisten geworden war, so glaubte er überhaupt an die Möglichkeit, namhafte Kreise der herrschenden Klassen durch Belehrung und Appellirung an ihr Gerechtigkeitsgefühl für den Sozialismus zu gewinnen. Es wollte ihm nicht in den Sinn, daß zwar hier das rein materielle Interesse, dort das Klassenvorurtheil allenfalls zu besiegen sind, beide zusammen aber sehr selten, daß die Höchbergs in der That nur weiße Raben sind. Er glaubte, je mehr Mitglieder der herrschenden Klassen für den Sozialismus gewonnen werden, um so größer müsse die Macht und der Einfluß der Partei werden, und wünschte, daß die Partei solchen Elementen den Uebertritt möglichst erleichtere, ihnen quasi die Hand reiche, daß sie ihr wirthschaftliches Programm mehr betone, dagegen die politisch revolutionären Traditionen, die Viele abschreckten, fallen lasse.

Man sieht, wie abgeschmackt der Vorwurf der Meyer, Stöcker und Konsorten war, Höchberg habe die Arbeiter für die jüdische Bourgeoisie ködern wollen; ebensowenig wäre es gerechtfertigt, Höchberg die Absicht zu unterstellen, er habe im Sinne des Bismarckschen Staatssozialismus zu wirken gesucht.

Nein, Höchberg war zu sehr Sozialist, um das Eine, zu sehr Demokrat, um das Andere zu können; die Reinheit seiner Absichten ist über allen Zweifel erhaben. Ihn beseelte nur ein Wunsch: die Realisirung des Sozialismus zu beschleunigen.

Daß aber die Partei dem Zwecke, einige Ueberläufer aus der Bourgeoisie zu gewinnen, ihren proletarisch-revolutionären Charakter nicht ändern darf, braucht hier wohl nicht erst erörtert zu werden. Wer es aufrichtig mit der Emanzipation der Arbeiterklasse meint, kommt doch zu uns, den schrecken selbst die „Unebenheiten" nicht ab. Und wer sich abschrecken läßt, den brauchen wir nicht, der taugt nicht für uns.

Natürlich sagt das nicht, daß Alles in unserer Partei zum Besten bestellt ist und nichts der Besserung bedarf. Das zu behaupten, fällt uns nicht ein. Aber den proletarischen Charakter, den Klassenkampf, den dürfen wir unter keinen Umständen aufgeben, in ihm liegt unsere Kraft, unsere Unbesiegbarkeit.

Wich nun Höchberg in dieser Beziehung von dem allgemein in unserer Partei maßgebenden Standpunkte etwas ab, so darf ihm dagegen das Zeugniß nicht versagt bleiben, daß er sich jeden Versuchs, in der Partei für seine Ansicht anders als durch die loyalste Propaganda Zustimmung zu gewinnen, strenge enthielt. Wir heben das ausdrücklich hervor, weil man es ihm gegenüber auch nach dieser Richtung hin nicht an Verdächtigungen hat fehlen lassen.

Wenn nicht ausschließlich, so doch wesentlich in dem Bestreben, unter den Gebildeten Propaganda für den Sozialismus zu machen, förderte Höchberg auf's Eifrigste das Projekt einer wissenschaftlichen sozialistischen Zeitschrift, und stellte für eine solche nicht nur die erforderlichen Geld-

Gestalt eines „Stöckerpfennig“ nach dem Muster des Ottopfennigs errichtet und ein besonderer Orden für ihn erfunden werden, der dann wohl den Namen Stöcker- oder Meineidsorden führen würde. Nun, was dem Bismarck recht ist, ist dem Stöcker billig — wir wüßten nicht, daß sich gegen einen Stöckerpfennig mehr einwenden ließe als gegen den Ottopfennig, und wenn jeder, der einen Meineid geschworen und z. B. beschworene Gesetze und Verfassungen gebrochen hat, mit einem eigenen Verdienstorden für Meineid geschmückt würde, so wird Herr Stöcker, falls die Stiftung des neuen Ordens ihm zu Ehren wirklich zu Stande kommt, sich sehr zahlreicher und sehr vornehmer Ordensbrüder zu erfreuen haben. Wird aber der Meineidige mit einem Verdienstorden bedacht, so darf natürlich auch der Verbrecher gegen die öffentliche Sittlichkeit nicht unbelohnt bleiben. Die Gerechtigkeit erheischt es also, daß für Stöckers Freund und Mitgünstling des „Eisernen“ — für den Ehrenmann Schwenninger ein extraer Orden gestiftet werde — ein Kirchhofsorden, dem es ebenfalls nicht an zahlreichen und würdigen Aspiranten in der hohen, höchsten und allerhöchsten Gesellschaft fehlen würde. Dann ließe sich vielleicht noch für Staatsbeamte und Staatsmänner, die so klug und so tugendhaft sind, ihre politische Stellung zur Vermehrung des Nationalreichthums zu benutzen, der natürlich in ihren eigenen Taschen am besten aufbewahrt ist, ein Orden gründen, den man das „goldene Kreuz des praktischen Christenthums“ nennen könnte, und der die Brust all' unserer „Anwälte des armen Mannes“ schmücken müßte. Die Kanaille aber, die sich zu der moralischen Höhe eines Stöcker, eines Schwenninger und des Heeres von Anwälten des armen Mannes nicht emporzuschwingen vermag, muß unter einem Ausnahmegesetz stehen und schließlich auf die trockene Guillotine in eine der deutschen Straf- und Fieberkolonien geschickt werden. So erheischt es die herrschende Moral und die Moral der Herrschenden.

— Was dem Bismarck recht ist, ist dem Stöcker billig — heißt es in der vorstehenden Notiz. Es war das geschrieben, ehe uns der Bericht über die letzte Versammlung der Berliner Christlich-Sozialen zu Augen kam. Wir bemerken das ausdrücklich, um uns vor dem Verdacht eines ganz gemeinen Plagiats zu schützen. In jener Versammlung hat nämlich kein Geringerer für den gleichen Grundsatz plädirt, als der Mann des „Patrimoniums der Enterbten“, Professor Adolph Wagner. Er suchte seinen Kumpan Stöcker, dem im Prozeß Stöcker-Bäcker nachgewiesen war, daß er Gelder, die ihm zu dem bestimmten Zwecke der Gründung eines Arbeiter-Invalidenhauses anvertraut waren, zu anderen „guten“ Zwecken verwendet hatte, mit folgender klassischer Erklärung herauszureden:

„Mit den 2000 Mark sei Stöcker nicht juristisch korrekt verfahren, habe aber in gutem Glauben gehandelt und könne das Geld jeden Augenblick mit Zinsen zurückzahlen. Auch ließe sich aus jüngster Zeit ein berühmtes Beispiel nennen, wo gleichfalls eine Geldsumme anders verwendet worden, als die Geber beabsichtigten, ohne daß darin Jemand etwas finde.“

Und — „Bismarckspende!“ rief der Chor der christlich-sozialen Glaubensbrüder verständnißinnig.

Die Verwendung der Bismarckspende erfolgte bekanntlich, wir wollen nicht sagen auf Bestellung, aber mindestens unter ausdrücklicher Zustimmung von Seiten des durchlauchtigen Geburtstagskindes. Wir können Herrn Wagner nur dazu gratuliren, daß er den Muth gehabt, durch Vergleich mit den Stöcker'schen Manipulationen die Bismarckspende auf das gebührende Niveau zu stellen. Nur so weiter, wackerer Genueser!

— t. Der Ottopfennig hat wenigstens eine gute Wirkung gehabt, — der schlimmste Wind, sagen die Engländer, ist für irgend Jemand von Nutzen — eine Anzahl anständiger und geistig unabhängiger Leute, also natürlich Sozialdemokraten, haben sich zusammengethan, um eine Geldsumme zu einem wirklich guten Zwecke zu sammeln: über den Zweck hatte man sich schnell geeinigt. Dank unserer hübschen Staats- und Gesellschaftsordnung gibt es so viel Elend auf Erden, daß man sich nur umzublicken braucht, um bemitleidenswerthe und hülfsbedürftige Menschen vor Augen zu haben. Das sogenannte „Grubenunglück“, richtiger ausgedrückt das Verbrechen in der Zeche Camphausen hatte sich gerade ereignet; durch die Habsucht der Besitzer waren einige hundert menschliche Wesen der Ernährer beraubt — den gemordeten Arbeitern war natürlich nicht mehr zu helfen — man eröffnete eine Sammlung für die Hinterbliebenen der gemordeten Bergleute. In Württemberg — dort hauptsächlich wurde die Sammlung vorgenommen — kamen 2250 Mark zusammen, welche vergangene Woche durch den Genossen Schumacher aus Solingen (der schon vorher einige geringere zu dem gleichen Zwecke gesammelte Summen vertheilt hatte) den Wünschen der Geber gemäß vertheilt wurden. Bei dieser Gelegenheit kam an den Tag, daß mehrere der unglücklichen Frauen, die bei der Katastrophe den Mann verloren hatten, wegen rückständiger Steuern gepfändet worden waren! Wo die politische Heuchelei nicht herrscht, nennt man ein solches Verfahren eine Unmenschlichkeit, im Reiche der politischen Heuchelei, welches von einem seiner Gründer das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte getauft worden ist, nennt man es „praktisches Christenthum“.

— Es sind uns eine Reihe von Zuschriften zugegangen, in denen die Genossen sich über die in der gegnerischen Presse geführte Polemik einzelner unserer Vertreter mehr oder minder energisch beschweren. Wenn Differenzen vorhanden seien, so gehöre die Erörterung derselben vor die Partei, vor den Parteikongreß, und nicht vor das Tribunal der Gegner. In diesem Sinn äußert sich namentlich ebenso sachlich wie entschieden eine Zuschrift der Hanauer Genossen, die wir in nächster Nummer zum Abdruck bringen werden.

Wir können dem nur beipflichten und glauben nicht zu viel zu sagen, wenn wir hinzufügen, daß die überwiegende Mehrheit unserer Genossen, wir können eigentlich sagen, der Gesammtpartei ebenso denkt. Es sind zum Glück nur sehr wenige Personen, welche es mit ihrer Parteizugehörigkeit für vereinbar halten, die eigenen Genossen in der gegnerischen Presse zu verdächtigen und zu beschimpfen.

Wir haben so lange zu dem unwürdigen Gebahren dieser Leute geschwiegen, als wir annehmen durften, es handle sich da nur um den Ausfluß einer momentanen Erregung; neuerdings sind aber Dinge geschehen, welche diese entschuldigende Annahme kaum mehr zulassen. Da wird es Pflicht, zu reden und diejenigen vor der Partei zur Verantwortung zu ziehen, welche mit vollem Bewußtsein unsern Gegnern in die Hände arbeiten.

— Der Abwechselung halber können wir den Genossen heute einmal eine angenehme Mittheilung aus dem preußischen Heere machen. Man wird sich unserer Notiz in Nr. 21 des „Sozialdemokrat“: „Neuchinesische Barbarei“ erinnern, in welcher das Verfahren eines Hauptmanns in Halle a. S. Saale gegeißelt wurde, der die ihm untergebenen Soldaten mit geistestödtenden schriftlichen Strafarbeiten bis zum Wahnsinn marterte. Nun, diese Notiz hat, wie man uns aus Halle schreibt, die gute Wirkung gehabt, daß der biedere Hauptmann — er heißt von Scheven — zur Verantwortung gezogen worden ist und seinen Degen hat abliefern müssen. Ob den maßgebenden Herren beim Durchlesen unserer Notiz das Gewissen geschlagen bei dem Gedanken, daß dieselbe der Ausdruck der Stimmung unter den Soldaten sein könnte, oder ob sie wirklich ein menschliches Einsehen gehabt, wollen wir nicht weiter untersuchen, es ist immerhin schon Etwas, daß die Herren sich überhaupt entschlossen haben, mit dem Menschenschinder ins Gericht zu gehen. Wir versprechen ihnen, auch fernerhin alle Mißbräuche im Heere, die zu unserer Kenntniß kommen, in gebührender Weise zu publiziren.

„Beiläufig,“ heißt es im Brief weiter, „hat der Edle von Scheven, wie sich jetzt herausstellt, die Leute den blöden Satz nicht 1000, sondern 3000, sage dreitausendmal abschreiben lassen. Das verzehnfachte, verhundertfachte die Folter. Der Bursche ist übrigens früher schon wegen Mißhandlung mit zehn Jahren Zurücksetzung im Avancement bestraft worden. Hoffentlich fällt die Strafe diesmal etwas empfindlicher für ihn aus.

Als charakteristisch für den „militärischen Geist“ des Edlen von Scheven sei noch hinzugesetzt, daß er sich als Entschädigung für den abgenommenen Degen am Abend des betreffenden Tages eine gebratene Gans und ein — schönes Kind auf das Zimmer kommen ließ. Man muß sich zu trösten wissen.

Als ihm der Ausschnitt aus dem „Sozialdemokrat“ zugestellt wurde, geberdete sich von Scheven wie rasend. Den Kopf werde er dem verdammten Schreiber spalten, wenn er ihn herauskriege. (Ja, wenn! Die Red.) Er könne seine Leute strafen, wie er wolle. (Diesen Staar wird man ihm und seinesgleichen noch stechen!); diese Schreiberei sei noch eine leichte Strafe (Wer gönnte dem Patron nicht eine „leichte“ Belohnung dafür?) und Aehnliches mehr. Dann kam ihm der Gedanke, die Notiz könne Niemand anders geschrieben haben als — man höre! — der Tischlermeister, an den er die Bogen verkauft. Sprachs, und rückte spornstreichs dem Meister Leim auf die Bude. Den Schädel hat er ihm aber, wie es scheint, nicht gespalten.

Uebrigens wird auch der Feldwebel der 11. Kompagnie bestraft werden, denn es hat sich ergeben, daß der Bursche auf Befehl des Hauptmanns keine Beschwerde von Soldaten angenommen hat!

So fröhlich und guter Dinge wie diesmal ist die 11. Kompagnie noch nie in die Kaserne eingerückt! Und daß die Soldaten wissen, wem sie die Erlösung von dem Schinder verdanken, dafür ist gesorgt!“

Vivat sequens!

— Eine dunkele Geschichte. Am 5. Mai dieses Jahres zertrümmerte bekanntlich in Berlin ein Individuum, das den Namen Grigolaitis zu führen behauptete, eine Fensterscheibe im Palaste des Kaisers Wilhelm. Das war freilich nichts Auffallendes, da kurz zuvor ein anderes Individuum, das inzwischen für geisteskrank erklärt worden ist, ein Attentat auf eine Scheibe desselben „historischen Eckfensters“ verübt hätte, und derartige „Attentate“ erfahrungsgemäß eine bedeutende Ansteckungskraft haben. Das Merkwürdige und Dunkele an der Sache ist, daß besagter Grigolaitis, der natürlich sofort verhaftet wurde, den Tag nach seinem ersten „Attentat“, also am 6. Mai d. J., von einem Polizisten aus dem Gefängniß vor das königlich-kaiserliche Schloß geführt wurde, und dort, in Gegenwart dieses Polizisten, und im Angesichte der hundert „Geheimen“, die Tag und Nacht um das Schloß herumlungern, ein zweites erfolgreiches „Attentat“ auf eine Scheibe des „historischen Eckfensters verübte. Wie war das möglich? fragte sich Jeder. Und die Eingeweihten sagten sich, mit richtigen Dingen könne das nicht zugegangen sein, es müsse irgend Jemand einen Zweck dabei gehabt haben. Attentat ist Attentat, und wenn Pistolen- oder Flintenschüsse zu stehenden Hülfsmitteln der reaktionären Politik geworden sind, warum nicht auch zur Abwechslung einmal ein paar Steinwürfe? Jedenfalls haben die Attentate auf das „historische Eckfenster“ die Stimmung des Herrn hinter dem „historischen Eckfenster“ kräftig beeinflußt.

Wie dem nun sei — der Attentäter stand dieser Tage vor Gericht. Er machte den Eindruck eines Halbidioten — trotzdem wurde er für zurechnungsfähig erklärt und zu 18 Monaten Gefängniß verurtheilt. So mußte ja weiland auch Hödel für zurechnungsfähig erklärt und verurtheilt werden, da sonst das „Attentat“ verduftet wäre. —

— Zur „Diktaturfrage“ erhalten wir folgende Zuschrift:

„Der Protest der Großenhainer Genossen gegen die bekannte Fraktionserklärung hat durch die Anwendung des Wortes Diktatur die Veranlassung mitgegeben zur Besprechung obiger Frage. Um Niemand in Unklarheit über die Absicht beim Gebrauch dieses Wortes zu lassen, sei erklärt, daß dasselbe im abschreckenden Sinne angewandt wurde, weil uns Grund genug dazu vorhanden schien.

Die Belehrungen, welche neuerdings ein Genosse im Parteiorgan oder nach Dänemark über das Wort Diktatur gibt, sind nun doch nicht der Art, daß sie Jedermann veranlassen müssen, einen weniger gefährlichen Sinn in demselben zu finden. Und wenn nun gar eine Nothwendigkeit der Diktatur innerhalb unserer Partei im milderen Sinne des Wortes mit sozialistengesetzlicher Begründung eine weitläufige Befürwortung findet, so wird wohl ein großer Theil von Genossen an solcher Darstellung Anstoß nehmen.

Aus der Praxis unseres Parteilebens ergibt sich, daß nach dem Sozialistengesetz zwar in der Vertretung der Partei eine veränderte Taktik Platz greifen mußte, aber diese Veränderung traf mehr die Form als das Wesen derselben. Wo hier und da mit der Form auch das Wesen der Taktik sich änderte, da erscholl auch von solchen Orten am ehesten die Klage über Diktatur.

Bis zum Erlaß der Fraktionserklärung hatte aber Niemand besonders Ursache, sich im Parteiorgan über Diktatur zu beklagen; an manchen Orten duldete man die sehr demokratisch angewandte „diskretionäre Gewalt“ einzelner, mit der Leitung der Geschäfte betrauter Genossen schweigend. Aber man empfand die Mißlichkeit solchen durch die Verhältnisse diktirten Verhaltens. Der Abscheu gegen das Wesen der Diktatur ist tief im sozialdemokratischen Geiste begründet, und wo es unter guter Disziplin der Genossen möglich ist, auch unter dem Druck des Sozialistengesetzes die Ertheilung „diskretionärer Gewalt“ zu umgehen, ist und wird dies geschehen.

Die mit der Führung der Parteigeschäfte betrauten Genossen wissen dies nur zu gut, und richteten ihr Verhalten ganz nach dem Verfahren der Genossen an den einzelnen Orten. Nur in äußerlicher Beziehung sind die Geschäfte der Partei an vielen Orten nach dem Ermessen der „diskretionären Gewalt“ geführt worden, in agitatorischer Hinsicht nahm man den Rath, wo er zu finden war; die Parteivertretung ertheilte oder nahm auch solchen entgegen bei Konferenzen ꝛc.

Ueberall aber suchte man eine Fernhaltung oder Beschränkung der „demokratischen Diktatur“ zu bewerkstelligen, und ich glaube, wir haben uns dessen im größtmöglichen Maße zu befleißigen und den sozialdemokratischen Geist zu pflegen. Dazu ist eine Darstellungsweise nothwendig, die uns das Wesen der Diktatur nicht annehmbar zu machen sucht, sondern das Gegentheil.

Großenhain. F. G.

Noch Eins erlaube ich mir hier anzufügen. Mit dem Artikel Vollmar's: „Offene Abstimmung in der Parteivertretung“ kann man sich einverstanden erklären, wenn unter „Auftraggebern“ die Gesammtpartei und unter „Beauftragten“ die Fraktion zu verstehen ist. Der Beauftragte ist eben der Gesammtpartei verantwortlich, nicht nur den Wählern seines Wahlkreises.

— Der arme Schulze — nämlich der von Delitzsch! Erst mußte er sich bei lebendigem Leib schinden und todtschlagen lassen, und jetzt wird er noch im Grab von sogenannten „guten Freunden“ geschändet und sein Leichnam dem öffentlichen Spott preisgegeben. Im Nachlasse des Ex-„Königs im sozialen Reich“ wurde nämlich das Manuskript eines Romans gefunden — und dieser Roman, betitelt „Die Philister“, ist denn auch glücklich gedruckt worden. Mit welchem Erfolg, das zeigt eine Rezension der „Tante Voß“, der gewiß Niemand Voreingenommenheit gegen den Verfasser des Romans vorwerfen wird. Die Rezension ist so charakteristisch, daß wir sie ganz abdrucken müssen; sie lautet:

„Die Philister. Roman von Hermann Schulze-Delitzsch. Berlin 1885, Verlag von Otto Janke. Zwei Bände. Ein Roman von Schulze-Delitzsch! Natürlich nimmt man das Buch mit einer Spannung zur Hand, aber man wird es, um dies gleich zu sagen, enttäuscht wieder hinlegen, wenn man nämlich wirklich die Standhaftigkeit besitzt, es bis zu Ende durchzulesen, und man fragt sich, warum dieser „Roman“, den Schulze-Delitzsch vor vierzig Jahren verfaßt und offenbar selbst nicht für druckreif gehalten hat, nun doch herausgegeben worden ist. Der Held des Romans ist ein Referendar, Namens Funck. Wir begleiten diesen Funck nach einer größeren Gerichtsstadt, wo ihm seine Beschäftigung angewiesen ist, sehen ihn in einem Kreise älterer und neu erworbener Freunde verkehren, sind Zeugen seiner und ihrer bescheidenen Vergnügungen und Liebeleien und ihrer noch bescheideneren Unterhaltungen, und erleben endlich, wie Funck in der Gerichtsstadt und in einem mehr ländlichen Wirkungskreise gleich unbefriedigt, ein schwächlicher Liebhaber und zugleich schwächlicher Dichter, von seinen Freunden Abschied nimmt, um eine Reise anzutreten, die ihm die wünschenswerthe Lebensreife geben soll. Das ist der Inhalt. Der Titel „Die Philister“ will zu dem Inhalt so recht nicht passen. Zuletzt halten Damen eine Art „Philister-Gericht“, wobei sie den Herren einige Wahrheiten sagen. In Erinnerung an das Wartburgfest und seine Brandopfer verbrennt Funck eines Tages in seinem Freundeskreise eine Nachtjacke, die sich einer der Freunde heimlich hat anziehen wollen. Er sagt dazu: „Zieht die Schlafmützen von den Ohren, ruft uns dies Opfer zu, schüttelt das träge Träumen ab, schon säumt die Dämmerung den Osten! Herunter mit den weichlichen Hüllen der Nacht, öffnet Eure Brust

---

mittel, sondern auch seine volle Arbeitskraft der Partei zur Verfügung. Ihm gebührt hauptsächlich das Verdienst der Gründung der „Zukunft“, deren Redaktion er bis zum Verbote dieses, lediglich der Untersuchung und Diskussion gewidmeten Organes in der aufopferndsten Weise geführt hat.

Die Sozialistenhatz, welche im Attentatssommer 1878 begann und schließlich im Sozialistengesetz ihren „legalen“ Ausdruck fand, gab Höchberg Gelegenheit, seine trefflichen Charaktereigenschaften im vollsten Maße zu entfalten. Nicht nur, daß er mit offenen Händen Hilfe spendete, wo dieselbe verlangt wurde, daß er es für seine Pflicht hielt, mit seinem ganzen Vermögen der unterdrückten Partei beizustehen, die Wunden zu heilen, welche das Sozialistengesetz Einzelnen wie Korporationen geschlagen — „ich betrachte mich als den Verwalter eines Vermögens, das der Partei gehört“, schrieb er im Sommer 1879 dem Schreiber dieser Zeilen —, er wirkte auch eifrigst dafür, daß die Partei sobald als möglich den Gegnern Proben ihrer unverwüstlichen Lebenskraft geben sollte.

Man kann über die einzelnen Schritte, die er damals unternahm, verschiedener Meinung sein, aber unbestritten bleibt ihm auch das Verdienst, der Partei in der schwersten Zeit ihres Kampfes helfend und anfeuernd zur Seite gestanden zu haben.

Höchberg war es, der im Frühjahr 1879 zehntausend Exemplare der Schäffle'schen „Quintessenz des Sozialismus“ in Deutschland an einem Tage an Lehrer, Juristen ꝛc. versenden ließ, Höchberg war es, der das „Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, der die „Staatswirthschaftlichen Abhandlungen“, der die „Wirthschaftspolitische Korrespondenz“ ꝛc. ins Leben rief und erhielt. Mit diesen Unternehmungen verfolgte er einen doppelten Zweck: einmal der Propaganda der sozialistischen Grundsätze und der Agitation für bestimmte erreichbare Ziele zu dienen, und zweitens ernsthaftes Studium unter den Genossen zu fördern, denselben Gelegenheit zu geben, ihre geistige Arbeitskraft zu verwerthen. In diesem Sinne förderte er noch manche Publikationen, bewirkte er die Herausgabe von Broschüren und größeren Abhandlungen, unterstützte er die der Arbeiterschaft dienende Presse. Und alles das — bedingungslos! Die große, gemeinsame Sache war für ihn maßgebend, im Einzelnen ordnete er sich willig unter.

Höchberg war auch, und wir glauben es seinem Andenken schuldig zu sein, diese Thatsache zu erwähnen, Mitbegründer unseres Blattes. Als es sich darum handelte, für die Partei wieder ein Zentralorgan zu schaffen, erklärte er sich sofort bereit, an den Kosten desselben zu partizipiren. Und der einmal übernommenen Verpflichtung blieb er treu, so lange das Blatt Zuschuß brauchte, obwohl die redaktionellen Verhältnisse sich anders gestaltet hatten, als er ursprünglich geglaubt.

Auch der sozialistischen Partei des Auslandes versagte Höchberg seine Hilfe nicht. So verdankt namentlich die Pariser „Revue socialiste“ seiner Freigebigkeit ihre Entstehung.

Als im Winter 1879/80 schweizerische Fabrikanten eine Agitation für Erhöhung des Normalarbeitstages von 11 auf 12 Stunden unter Hinweis auf die Konkurrenz des Auslandes ins Werk zu setzen suchten, warf Höchberg, der die Gefahr einer solchen Maßregel für die Arbeiter aller Länder wohl erkannte, als Gegengewicht die Frage der internationalen Fabrikgesetzgebung in die Oeffentlichkeit und veranlaßte ihre Erörterung in einer Reihe von Publikationen.

Im Frühjahr 1881 warf eine Lungenentzündung Höchberg auf das Krankenlager. Den akuten Anfall überwand er bald, aber nun zeigten sich die Vorboten der Schwindsucht in so drohender Gestalt, daß er jede irgendwie anstrengende Thätigkeit aufgeben mußte und nur seiner Gesundheit, seiner körperlichen Pflege leben durfte. Er suchte in wärmeren Klimaten Heilung — leider vergeblich.

Von Jahr zu Jahr zeigte es sich deutlicher, daß sein Leiden unheilbar war, und er selbst begann mit dem Tode zu rechnen, jede Stunde Leben, die ihm noch blieb, als „rein geschenkt“, wie er sich scherzhaft ausdrückte, zu betrachten.

Mit der Leidenschaftlichkeit, die Leidenden seiner Art oft eigen ist, erwärmte sich Höchberg in den letzten Jahren seines Lebens für die deutsche Kolonialpolitik, von der er sich eine große Rückwirkung auf die Gestaltung der Dinge nicht nur in Deutschland, sondern in Europa überhaupt versprach. Es ist klar, daß er damit auf Widerspruch bei der Sozialdemokratie stoßen mußte, die der modernen Kolonialpolitik feindlich gegenübersteht. So suchte er denn in anderen ihm nahestehenden Kreisen für dieselbe zu wirken. Der fieberhafte Eifer, den er dabei entfaltete, war das letzte Aufflackern des erlöschenden Lichtes.

Bereits im vorigen Herbste fühlte er sich so schwach, daß er seinen Plan, den Winter auf Ceylon oder in Indien zuzubringen, aufgeben mußte. Den Winter und das Frühjahr 1885 überlebte er noch, aber den Sommer sollte er nicht mehr erleben. Am 21. Juni, dem Tage, wo der Frühling dem Sommer weicht, hauchte er sein Leben aus — in einem Alter, wo für Andere der Sommer des Lebens beginnt.

Die sozialpolitischen Arbeiten Höchberg's finden sich in verschiedenen Zeitschriften zerstreut; sie erschienen alle anonym, und zwar unter den verschiedensten Chiffern. Eine über ihren jeweiligen Zweck hinausgehende Bedeutung haben sie übrigens nicht, da Höchberg eigene wissenschaftliche Forschungen auf diesem Gebiete nicht geleistet; hier war er und wollte er, wie bereits oben angedeutet, nichts Anderes sein als der Mann der Praxis.

Von eigenem Forschen zeugt dagegen eine Studie: „Die Lust an der Musik, an den Farben und Formen“, die er unter dem Namen H. Berg im Jahre 1879 erscheinen ließ, und in der er die Entstehung des Lustgefühls an der Musik ꝛc. darwinistisch zu erklären suchte. Sie sollte nur die Vorarbeit sein zu einer gründlichen wissenschaftlichen Untersuchung über dieses Thema, zu der Höchberg bereits ein reiches Material zusammengetragen; aber wie so viele seiner Pläne, mußte er auch diesen fallen lassen.

Wie im öffentlichen Leben, so war Höchberg auch im Privatleben überaus bescheiden und zurückhaltend. Er hätte vielleicht der Schwindsucht länger Widerstand geleistet, wenn er nicht, selbst als er bereits selbständig geworden, die fast asketische Lebensweise seiner Jugend fortgesetzt hätte. Aber der Anderen gegenüber so freigebige Mann war in Bezug auf die Ausgaben für sich jahrelang geradezu geizig; er beschränkte sich auf das absolut Unentbehrliche, und erst als es zu spät war, ließ er hier Wandlung eintreten.

Obwohl sich Höchberg nie in die Oeffentlichkeit hervordrängte, auch nie eine leitende Rolle in der Partei spielte, hatte er doch viel unter den Belästigungen von Seiten der Polizei zu leiden; ja es liegen Anzeichen vor, welche darauf schließen lassen, daß man ihn beständig überwachen ließ. Ein Besuch von nur einigen Tagen bei Freunden in Berlin zog ihm 1880 eine Ausweisung von Seiten des Herrn Madai zu. Die Umstände, unter denen diese Ausweisung erfolgte, qualifiziren sie zu einem überaus schmutzigen Racheakt. Da die Polizei Höchberg sonst nichts anhaben konnte, wollte sie ihn durch die Ausweisung für die „gute Gesellschaft“ brandmarken.

Das Bewußtsein, fortgesetzt bespionirt zu werden, war schließlich so unbehaglich für Höchberg, daß er den Aufenthalt in Deutschland nur noch als ein Uebel empfand. Und das zu derselben Zeit, wo er die deutsche Kolonialpolitik in jeder Weise zu fördern suchte!

So lebte, wirkte und stritt dieser seltene Mann, ein leuchtendes Muster selbstloser Aufopferung. Uns aber, für die er so viel gethan, zu denen er allezeit treu gehalten, der deutschen Sozialdemokratie gebührt es, dem todten Mitstreiter diejenige Ehre zu erweisen, denen der lebende sich scheu entzog.

Die Berliner Arbeiter haben den Anfang gemacht und am 24. Juni in einer von Tausenden besuchten Volksversammlung dem Andenken Karl Höchberg's in würdigster Weise den Tribut ihrer Anerkennung gezollt; wir sind überzeugt, daß ihr Beispiel in ganz Deutschland freudigen Widerhall finden wird, und daß wir im Namen der ganzen Partei handeln, wenn wir dem edlen Verstorbenen den Kranz auf's Grab legen mit den Worten:

Ehre Deinem Andenken! Dein Name wird uns unvergeßlich sein!

den Schauern des Morgens, daß Euch sein Licht mit hellen Augen und rüstig zum Werke finde! Also der schmählich in die Nachtjacke gebannte Schutzgeist unseres Volkes, der, durch Feuersgluthen aus dem unwürdigen Kerker befreit, sich soeben auf züngelnden Flammen gen Himmel emporschwingt, um in dem Kreise, wo die Fahnen aller großen, edlen Nationen stehen, ein lange gesunkenes Banner wieder zu erheben. Hört Ihr das Rauschen von Geisterfittigen, das seinen Aufschwung begrüßt? So empfanget denn, ihr Flammen, das Opfer, den Wohnern dieser Stätte zum süßen Geruch!" An einer Stelle wie dieser, wo der Verfasser sich selbst zu einigem Humor aufschwingt, ist so etwas wie eine Tendenz der Art erkennbar, daß das Philisterthum, das Leben ohne Ideale, uns nicht in seine trüben und einförmigen Kreise ziehen solle. Aber es sind bekanntlich nicht Alle frei, die ihrer Fesseln spotten. Das Buch soll gegen das Philisterthum gerichtet sein, und — ein philisterhafteres Buch als dieses ist uns so bald nicht vorgekommen. Eine Vereinigung von Langerweile und Sentimentalität gähnt einem förmlich entgegen, und, wenn ein Roman wie dieser, der in jeder Hinsicht verfehlt ist, vor vierzig Jahren genießbar gewesen sein sollte — der Autor selbst muß wohl daran gezweifelt haben — so sind wir heute zwar weder einsichtiger noch glücklicher, aber erfahrener und anspruchsvoller geworden. Wollte man durch Herausgabe dieses nachgelassenen Romans von Schulze-Delitzsch den Beweis führen, daß man ein hervorragender Sozialpolitiker und zugleich ein Romanschreiber dritten Ranges sein kann, so ist dieser Beweis glänzend geführt, aber ihn zu führen war unnöthig." —

Das ist allerdings grausam. „Romanschreiber dritten Ranges", „entgegengähnende Langweile und Sentimentalität," „ein philisterhafteres Buch sobald nicht vorgekommen" — vernichtender konnte das Urtheil kaum ausfallen.

Fouché wollte bloß drei geschriebene Zeilen, um Jemand an den Galgen zu bringen, und der arme Schulze-Delitzsch liefert gleich zwei Bände! Und seine Freunde sind es, die ihn an den Galgen der Kritik liefern!

Der „Vossischen Zeitung" wollen wir bemerken, daß der „Romanschreiber" Schulze mit dem „Sozialpolitiker" Schulze auf gleicher Stufe steht. Der Eine ist so „hervorragend" wie der Andere, und Beide sind vom nämlichen Stoffe geschnitzt.

Wie aber, so fragen wir zum Schluß, konnten die Freunde des armen Schulze ihm diese Schmach anthun? Er hat viel gesündigt, allein das hat er nicht verdient. —

Korrespondenzen.

Kopenhagen, 27. Juni. Die Maurergesellen an der hiesigen Gasanstalt haben die Arbeit niedergelegt. Aus diesem Anlaß haben die kommunalen Behörden einen Ingenieur nach Deutschland gesandt, um Ersatz von dort zu holen. Wir bitten deshalb unsere Kameraden auf das dringendste, allen Zuzug nach hier fernzuhalten.

Der Unterstützungsverein der Maurer in Kopenhagen.

Apolda. (Fortsetzung der Korrespondenz vom 9. Juni in letzter Nr.) Unsere Parteiverhältnisse hier anlangend, haben wir seit der Zeit, wo wir zuletzt im Organ von uns hören ließen, tüchtig Fortschritte gemacht. In der erwähnten Korrespondenz sagten wir, daß der Fortschrittsverein, welcher die freisinnige Partei hier repräsentirt, bald das Zeitliche segnen werde, und die Richtigkeit dieses Ausspruches hat die letzte Reichstagswahl bewiesen. Und weiter hat diese Wahl noch bewiesen, daß wir Sozialdemokraten die Erbschaft der Freisinnigen antreten werden. Im Jahre 1881 erhielten im ganzen Wahlkreis Stimmen: Bebel 445, Ausfeld (freis.) 7155, und bei der letzten Wahl Genosse Giertz 1452, Ausfeld 4638 St. In Apolda selbst hatte Giertz 655, Ausfeld 638 Stimmen.

Wenn man unseren Wahlkreis etwas näher betrachtet, so kann man sagen, es ist einer der schlechtesten. Viele kleine Dörfer und Städtchen kann man selbst mit der Bahn kaum in einem Tag erreichen. Mit Agitationsmitteln und -Kräften waren wir schlecht bestellt und hatten es obendrein noch mit Versammlungsverboten zu thun. Eine von uns in Büttstädt angemeldete Wählerversammlung wurde vom dortigen, sich sehr liberal aufspielenden Bürgermeister Ferschke auf Grund des Schandgesetzes verboten. Eine bei der Bezirksdirektion deshalb eingelegte Beschwerde wurde zurückgewiesen, denn — eine Krähe hackt der andern die Augen nicht aus.

Noch einige Mittheilungen über Agitationsgrößen der freisinnigen Partei während des Wahlkampfes:

Da ist ein Christian Wickel, ein alter, ehrwürdig aussehender Mann mit schneeweißem Haar, früher den eifrigen Sozialdemokraten spielend. Dieser Renegat suchte uns dadurch zu schädigen, daß er einen Arbeiter trunken machte und ihn dann in diesem Zustand den Landbewohnern als Sozialdemokrat vorstellte. Da sind weiter die Herren Schröder, Spinnmeister, und Treunert, Schriftsetzer, welche in einer Wählerversammlung zu Pfiffelbach, einem größeren Dorfe zwei Stunden von hier, die Anwesenden unverblümt aufforderten, unsere Genossen, welche allerdings das große Verbrechen begingen, ihnen entgegenzutreten und den Arbeiterkandidaten zu empfehlen, mit Gewalt zu entfernen, indem sie den Leuten sagten: „Wenn die Anwesenden wüßten, was die Endziele der Sozialdemokraten wären, so würden sie sich derselben auf ganz andere Weise entledigen." Hierzu die bezeichnende, nicht mißzuverstehende Geste des Schlagens!

Das ist so ungefähr die Kampfesweise der Deutschfreisinnigen während der Wahlbewegung uns gegenüber.

Am 26. November 1884 hatten wir einen weiteren Wahlkampf zu bestehen und haben auch wieder einen guten Erfolg gehabt. Es waren sechs Gemeindevertreter zu wählen, und wir setzten von unserer Liste fünf durch. —

Die Genossen Apoldas und Weimars machten am Sonntag, 5. April, einen gemeinschaftlichen Ausflug nach Mellingen; wir verlebten dort den Nachmittag unter Vorträgen und Gesang in heiterster Stimmung und traten schließlich mit einem Hoch auf unsere Reichstagsfraktion den Heimweg an. Um dem Vergnügen die richtige Würze zu geben, durfte natürlich die heilige Hermandad nicht fehlen.

Am 19. Mai ds. Js. kündigten Plakate an den Straßenecken eine Volksversammlung in einem der größten Säle hier an, in welcher Genosse Heine über „die Lage der Arbeiter nach amtlichen Berichten, und Vorschläge zu Arbeiterschutzgesetzen" sprach. Die Versammlung war sehr stark besucht und erntete Genosse Heine für seinen gediegenen Vortrag stürmischen Beifall.

Nachschrift (vom 12. Juni). Soeben erfahren wir, daß Herr Wiedemann, gedrängt durch die Agitation einiger Mitglieder der freireligiösen Gemeinde für Herrn Schwennhagen, selbst den Antrag in der Gemeinde gestellt hat, diesen als Festredner zu dem am 14 Juni stattfindenden 25-jährigen Stiftungsfest der Gemeinde zu bestellen. Herr Wiedemann will damit jedenfalls widerlegen, daß die Maßregel gegen Herrn Schwennhagen von ihm ausgeht.

Nürnberg, 21. Juni. In der heutigen Nummer (25) des „Sozialdemokrat" ist ein Leitartikel, mit dem Namen unseres Gen. G. Vollmar unterzeichnet, enthalten, der einen sympathisch berühren könnte und gewiß auch den Beifall der darin wiederholt angeführten Fraktionsmehrheit finden würde, wenn er nicht auf halbem Wege stehen bliebe. Es ist ganz richtig, daß der „demokratische" Sozialist — und meines Wissens gibt es innerhalb der sozialdemokratischen Partei keine andere, obgleich kürzlich in der „Augsburger Abendztg." ein Lump von Reporter das Gegentheil behauptete — für alle seine Handlungen, namentlich wenn er Volksvertreter ist, stets jedem Parteigenossen, welcher die nöthige Zeit hat, um ihn zu interpelliren, verantwortlich ist, und auf Verlangen auch im Parteiorgan jederzeit darüber Rechenschaft abzulegen hat. Es ist deshalb auch durchaus keine tadelnswerthe Neugier oder gar Anmaßung, sondern nur ein Fortschritt im Sinne des demokratischen Sozialismus, wenn die Mitglieder des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London die Frage der offenen Abstimmung angeregt haben. Genosse Vollmar, der jede demagogische Popularitätshascherei bekanntlich aufs Gründlichste haßt, hat nun in richtiger Erkenntniß der Nothwendigkeit einer schärferen Kontrole der Fraktionsmehrheit die Frage mit dankenswerther Bereitwilligkeit aufgegriffen und „ohne Anwendung auf besondere Verhältnisse" grundsätzlich klargelegt. Aber was soll sein Antrag, den er für die nächste Fraktionssitzung in Aussicht stellt, für einen Zweck haben, wenn er nicht die vollständigen Konsequenzen daraus zieht?! Die Veröffentlichung der Abstimmungslisten der Fraktion nützt gar nichts, wenn nicht auch die Motive, welche jeden Einzelnen bei der Abstimmung geleitet haben, mitveröffentlicht werden! Welche Unsumme von Streitigkeiten, Verwirrungen u. s. w. wird unter den Wählern, speziell unter den engern parteigenössischen Kreisen, darüber entstehen, warum der betreffende Abgeordnete in der Fraktion so und nicht anders gestimmt habe! Dem wird vollständig vorgebeugt, wenn in Zukunft ein ordentliches Protokoll über alle Fraktionssitzungen geführt wird, in dem die Meinung der einzelnen Abgeordneten, wenn auch kurz und bündig, doch übersichtlich klar gelegt wird. Ist stenographische Aufnahme möglich, so ist das um so besser. Es schadet aber auch nichts, wenn es sonst sinngetreu gehalten wird. Die Protokolle über die Fraktionssitzungen werden dem Parteiorgan als regelmäßige Beilage beigegeben, und die Genossen der ganzen Welt werden keine Ursache haben, sich zu beschweren; Mißverständnisse, wie sie in den letzten Monaten vorgekommen, sind einfach unmöglich, und jede demagogische Hetzerei, welche darauf ausgeht, Verwirrung in die Reihen der Genossen zu tragen, um dabei Einzelnen den Ruf und Ruhm von Halbgöttern zu verschaffen, hat gründlich ein Ende. Namentlich ist es auch dann nicht mehr nöthig, Resolutionen über die Würdigkeit oder Unwürdigkeit einzelner Genossen fassen zu müssen, was ja immer mit Unannehmlichkeiten für beide Seiten verbunden ist. Ich bin überzeugt, daß auch der jetzt vorhandene chronische Kandidatenmangel aufhören wird, weil jeder Parteigenosse sich freuen wird, unter einer derartigen, ihn schützenden demokratischen Kontrole zu stehen, und in Folge dessen Mancher, der jetzt nicht kandidiren mag, sich freudig dazu herbeilassen wird. Ich möchte also den Genossen Vollmar bitten, seinen Antrag in vorstehendem Sinne zu erweitern. J. Scherm.

(Wir haben dieser Einsendung die Aufnahme nicht verweigern wollen, glauben aber doch unserem lebhaften Zweifel daran Ausdruck geben zu sollen, ob die darin gewählte Art der Diskussion geeignet ist, die Interessen unserer Sache zu fördern. Man mag den Vorschlag des Genossen Vollmar für unzweckmäßig halten, aber er enthält keineswegs etwas Unerhörtes, unseren Grundsätzen Widersprechendes, und hat daher Anspruch auf eine sachgemäße Erörterung. Durch Uebertreibungen kann man die vernünftigste Sache ins Lächerliche ziehen. Anm. d. Red.)

Sprechsaal.

Brandenburg a/H., 22. Juni.

Bei uns ist der aus Berlin ausgewiesene **Pötting** eingetroffen, dessen Treiben wir hiermit in den weitesten Kreisen kennzeichnen müssen, um zu verhüten, daß er unserer Sache anderswo ebenso schade, wie er es hier versucht.

Pötting's „parteigenössisches Wirken" besteht nämlich darin, die Parteigenossen zu schädigen, zu verläumden und Personen zu verdächtigen, die sich jahrelang als ehrlich und treu gezeigt haben.

Einen Genossen hier beschuldigte er, in Breslau Unterstützungsgelder unterschlagen zu haben. Wir haben uns nach Breslau an zwei durchaus sichere Gewährsleute um Auskunft gewendet und den Bescheid erhalten, daß der Verdächtigte ein durchaus ehrenhafter Mann und Pötting ein verächtlicher Hallunke sei, der (nach dem Volksmund) „alle Tage 25" verdienen würde.

Nun sagen wir uns, Schurken können wir nicht gebrauchen; die es so treiben, sind zu Allem fähig und müssen an den Pranger, ehe es zu spät ist.

Pötting ist schon in vielen Städten gewesen und hat überall Schlechtes herumgeboten, wie bei uns. Wir müssen ihm das Handwerk legen und erkennen ihn nicht als Parteigenossen an, auch bitten wir um Veröffentlichung dieser Erklärung.

Die Parteigenossen in Brandenburg.

Wir bitten um nähere Angabe von P.'s Vorname, Beruf und Personalbeschreibung für die „Schwarze Liste."

Die Expedition des „Sozialdemokrat."

Partei-Archiv.

Für das Partei-Archiv gingen ein:

Erhalten durch Vermittlung J. Ph. Becker's von J. P. Schalk, Schneidermeister in Vevey:

Nr. 1. „Der Geächtete" von Jakob Venedey, Paris 1834.
„ 2. Sechs Blätter der „Jungen Schweiz" in deutscher und französischer Sprache. Biel 1835.
„ 4. „Worte eines Menschen" 1833.
„ 2. „Samiel oder der entlarvte politische Wechselbalg." 2. Heft der Züchtigeisel. Baden 1840.
„ 5. Manifest von J. Ph. Becker an die Mitglieder des republikanischen Wehrbundes „Hilf Dir." Hüningen und Biel im Oktober und November 1848.
„ 6. „Neujahrslied für das Züribiet auf 1840", abgefaßt in 100 Knittelversen nach der Melodie: Ein freies Leben führen wir.
„ 7. „Die neue Welt oder das Reich des Geistes" von Kuhlmann (kommunistische Träumerei). Genf 1845.
„ 8. „An die Deutschen in der Schweiz", vom Zentralausschuß der Schleswig-Holstein-Vereine in der Schweiz. Zürich.
„ 9. „Deutschlands Wiedergeburt und Auferstehung." Lithographie der deutschen Republik, 1839.
„ 10. „Die fröhliche Botschaft der religiösen und sozialen Bewegung." Lausanne 1845.
„ 11. „Der deutsche Bundestag gegen Ende des Jahres 1832." Eine politische Skizze von Gustav Kombst. Straßburg 1836. (Ganz besonders wichtig.)
„ 12. Vorrede zu Hoffmann's von Fallersleben Politischen Gedichten aus der deutschen Vorzeit. Nebst einem Nachworte von Georg Fein. Straßburg und Paris 1842.
„ 13. „Das vermeintliche göttliche Recht der Regierungen" von Beat von Lerber. Solothurn und Bern. (1833?)
„ 14. „Die Gerechtigkeit im Kampfe gegen die Despotie." München, Druckerei der Republik, 1838.
„ 15. Sechs Flugblätter des deutschen Nationalvereins. Koburg 1862.
„ 16. „Die Schlacht von Laupen, der der Sieg der Volksthümlichkeit", von Beat von Lerber. Lausanne 1839.
„ 17. Manuskript: „Die Weltherrschaft, das Grab der Menschheit", nach Feuerbach, und „Die deutsche Sprache," nach Börne.
„ 18. „Einige Worte zu Gunsten der Flüchtlinge", nebst einigen Bemerkungen über den Bericht des Hrn. Roschi. Biel 1836.
„ 19. Sechs Blätter des „Münchner Punsch." 1859.
„ 20. „Ein Wort über die Fragen der Zeit" von J. Ph. Becker. Belle-Vue (Schweiz) bei Konstanz 1841.
„ 22. „Der Vorläufer", eine Monatsschrift für öffentliches Leben. Schaffhausen 1844.
„ 22. „Der Frankfurter Fürstentag". Ein Gedicht 1863.
„ 23. „Instruktion zur revolutionären und militärischen Organisation der Deutschen in der Schweiz von Joh. Ph. Becker. Biel im März 1848.
„ 24. „Ueber die Gewaltstreiche der Regierungen in konstitutionellen Staaten" von Hartwig Hundt-Radowsky. Straßburg 1832.
„ 25. „Hamburg, den deutschen Arbeitern, die für die unglücklichen Brüder in Hamburg (ob der großen Feuersbrunst) beigesteuert haben, zur bleibenden Erinnerung." 1840.
„ 26. „Deutscher Nationalverein — Südschweizerischer Zweigverein", gegründet in Vevey 1862.
„ 27. „Der Hülferuf der deutschen Jugend", herausgegeben und redigirt von einigen deutschen Arbeitern. Vierte Lieferung, Dezember 1841.
„ 28. „Der Bund der Deutschen und Franzosen für Gründung eines nationalen Gleichgewichts in Europa" von Wilhelm Schulz. Straßburg 1841.
Nr. 29. „Gedanken über Wahrheit, Liebe und Gerechtigkeit zu ei[illegible] Volksvertretung und Bildung eines Volkes nach demokr[illegible]schen Grundsätzen" von Harro Harring. Straßburg 183[illegible].
„ 30. „Abschaffung der Todesstrafe und Verhütung der Verbrech[illegible] Stützpunkte der Sozialreform von J. H. Hochdörfer, G[illegible] 1840. —
„ 31. „Das Evangelium des Armen oder Jesus von Nazareth [illegible] seine Anhänger als Sozialisten vor dem bernischen und zürch[illegible]rischen Maulkrattenzesetz." Zürich 1852.
„ 32. „Gedanken eines Republikaners" (wahrscheinlich Ende [illegible] dreißiger Jahre verfaßt), ganz sozialistischer Tendenz, sittlich[illegible] Wärme und wissenschaftlichen Gehalts. Das IV. Kap[illegible] (Seite 65), „Das Eigenthum", ist heute noch voll Leb[illegible] frische und kaum jemals klarer und eindringlicher defi[illegible] worden.
„ 33. „Zuruf an die deutsche Nation" von Joh. Ph. Beck[illegible] Genf 1863.
„ 34. Zwölf Nummern der „Mannheimer Abendzeitung" 1[illegible] und 1849.
„ 35. Zwei Nummern der „Volksbibliothek." Biel 1833.
„ 36. Zwanzig Nummern der „Rheinischen Zeitung" 1842.
„ 37. Ein Päckchen Verschiedenes zur allfälligen Auswahl des [illegible] Aufbewahrenswerthen.

Von A. H. von Ihmis: Eine Anzahl anarchistischer Zeitungen [illegible] Flugschriften.
„ J. Murbach, Zug: Beckenbahl, Aktenstücke.
„ „ „ Dr. Fr. Mook: Anton Memminger.
„ G. Sch. Bth.: 1 „Leuchthurm" 1848.
3 Bände Berichte über die Verhandlungen des Frankfu[illegible] Parlaments 1848. (32.—108. Sitzung.)
Stenographischer Bericht der Verhandlungen gegen Wal[illegible] 1849. —.
„Die öffentliche Sittlichkeit." I.—VII.
„Die Aufhebung der öffentlichen Häuser zu Colmar."
Schreiben an den Stadtrath von Zürich betr. sein Gutach[illegible] in Sachen der Prostitution.

Um weitere Einsendungen ersucht

Die Archivverwaltung.

Briefkasten

der Redaktion: Raummangels halber mußte [illegible] Theil der Rundschau, sowie eine ganze Anzahl [illegible] Einsendungen für die nächste Nummer zurückgel[illegible] werden. — Beelzebub: „Wissenschaft und Utopie" in nä[illegible] Nummer. Wegen verzögerter Antwort betr. Gedicht bitten um Ent[illegible]digung. — J. S. in N.: Reklamation kam zu spät, da bereits ge[illegible] Müssen übrigens auch für die Zukunft unsere redaktionellen Rechte [illegible]behalten.

der Expedition: F. Schütz Carver: Fr. 3 75 als Erlös [illegible] uns am 5. August 81 zuges. Schft. „Heil der Völker" I und II [illegible] Hwgh-Denkmlfds. dkd. zugew. — H. B. Esld.: Mk. 4 40 Ab. 3. Qu. [illegible]-h.: Mk. 112 80 pr. Ab. 1. Qu. gutgebr. Weit. unten. — H. Rk. [illegible]don: Ph. K. hat 1 Exemplar bis Ende Juli bezahlt. Weiteres au[illegible] W. u. M. dringend erwartet. — Rebus: Mk. 12 — Abon. März [illegible] April erh. Werden B. zu nehmen suchen. Dank f. Adr. — Neckarsu[illegible] Mk. 1 10 pr. Agfd. dkd. erh. Weiteres besorgt. — XYZ.: Mehrb[illegible] notifizirt. Bitten Wandel veranlassen! — Bäff: Schöne Gegend! [illegible]sorgt. Gruß! — Schw. Gm.: Mk. 4 40 Ab. 3. Qu. erh. Adr. geor[illegible] — Die rothe Faust: Mk. 83 20 Ab. 1. Qu. erh. Beilage besorgt. [illegible] Weiteres. — Limbach i/S.: Mk. 25 — f. d. franz. Wahlen dkd. [illegible] u. besorgt. — Veritas: Mk. 16 — v. G. H. erh. Bf. erw. — Bukar[illegible] Fr. 70 — Ab. 2. u. 3. Qu u. Schft. v. Bd. durch A. H. erh. Fr. 3[illegible] pr. Wfd. dkd. gutgebr. — Ein Rother Bigh.: Mk. 4 50 u. 80 Pfg. [illegible] 3. Qu. u. Schft. erh. Früheres Bfst. 16 quittirt. — Kyffhäuser: [illegible] 6 — Ab. 3. Qu. und Mk. 6 10 pr. Ufds. dkd. erh. — Sch. Dd.: [illegible] 4 40 Ab. 3. Qu. u. 60 Pf. f. d. franz. Wahlen 2c. dkd. erh. — [illegible] H.-B. O.: Mk. 4 40 Ab. 3. Qu. erh. — S. G. Mbg.: Mk. 5 — [illegible] 3. Qu. 2c. erh. Adr. eingereiht. — G. T. London: Mk. 2 — Ab. 3. [illegible] und Mk. 2 — f. d. streikenden Tischler in Königsberg dkd. erhalten. Meineidsmichel: Mk. 4 40 Ab. 3. Qu. erh. Adr. notirt. — Dr. [illegible] Cth.: Mk. 6 — Ab. 3. u. 4. Qu. erh. Mk. 4 — pr. Ufds. dkd. ve[illegible] — R. B. Hg.: Mk. 13 20 Ab. 3. Qu. erh. — Silesia: Nachr. beso[illegible] — H. Bz.: W'thur: Fr. 2 — Ab. 2. Qu. erh. — R. M. Frtt. (du[illegible] R. F.) Fr. 10 80 Ab. 3. u. 4. Qu. erh. Fr. 10 — pr. Ufd. dkd. ve[illegible] — J. B. Zch.: Fr. 4 — Ab. 3. Qu. erh. — B. R.: Mk. 8 70 Ab. [illegible] u. 4. Qu. erh. — Aussauger Heinz: Mk. 12 — Ab. pro 1883 (1 J[illegible] und Mk. 18 — f. d. franz. Wahlen dkd. erh. und besorgt. — G. [illegible] Bern: Fr. 4 — Ab. 3. Qu. erh. — C. W. Brünn: öwsl. 2 78 Ab. [illegible] Qu. erh. — Clautus: Bf. v. 27/6. hier. Alles besorgt. — Mati[illegible] Bf.-Beil. v. 26/6. abgeskt. — S. Borkheim Hastings: Fr. 5 — Ab. [illegible] u. 4. Qu. erh. — E. G. Rowlde.: Mk. 5 — Ab. 3. Qu. erh. Weit[illegible] dkd. verw. u. Antw. veranlaßt. — E. B. L.: Mk. 11 15 Ab. 3. [illegible] erh. Bstllg. 2c. folgt. „Schwze. Liste" enthält die im „Soz." laufe[illegible] publizirten Warnungen alphabetisch geordnet. Nachtragen muß Je[illegible] selbst. — Gr. i. M.: Mk. 5 40 Ab. 3. Qu. erh. — Rother Preu[illegible] Mk. 6 — 2 Ab. 2. Qu. erh. Vorausbezahlung pr. 3. Qu. [illegible]beten. — Feuerländer: Mk. 4 20 Ab. 3. Qu. für J. A. erh Alle [illegible] Bfe. v. 27/6. beantw. bfl. — J. H.: Mk. 3 — Ab. 3. Qu. erh. G[illegible] gutgebr. Bstllg. nach Wunsch. Bf. folgt. — Offbrg.: Mk. 3 — Ab. [illegible] Qu. u. Mk. 2 — pr. Ufd. dkd. erh. — J. R. Rfb.: Mk. 3 — Ab. [illegible] Qu. erh. — Calembourg: öwsl. 8 — Ab. 3. Qu. u. Schst. erh. R[illegible] hier. Bstllg. fort. — -h.: Mk. 40 — pr. 10 Athle. gutgebracht. Bf[illegible] notirt. Weiteres geeigneten Orts angebracht. — Th. J. Cuno N.[illegible] Bfm. fdl. dkd. erh. Tausch 2c. folgt. Gruß! — N. H. Sch.: Mk. 8 [illegible] pr. 2 Ab. 3. Qu. erh. Sie hatten noch 20 Pf. zu gut. Weiteres [illegible] Vorschrift verwendet. — Von Mainzer Sozialisten: Mk. 7 40 pr. A[illegible] dkd. erh. — J. M. Bz.: Mk. 3 — Ab. 3. Qu. erh. — K. M. S[illegible] Mk. 4 40 Ab. 3. Qu. erh. — D. U. Blu.: Mk. 3 — Ab. 3. Qu. erh [illegible] New-Haven: (Doll. 15 —) Fr. 75 95 von Jul. Bollensänger gesamm[illegible] pr. Afd. dkd. erh. — Rmm. Httg.: Fr. 2 — Ab. 3. Qu. erhalten. [illegible] Schwalbe: Mk 12 50 Ab. 2. Qu. u. Schft. erh. Bfl. mehr — G. [illegible] Springfield: Fr. 5 — Ab. 3. u. 4. Qu. erh. Adr. geordnet. — [illegible] D'strß.: Fr. 2 — Ab. 3. Qu. erh. — Bern Grütliverein: 50 Cts. [illegible] S. erh. — Flamme in O.: Mk. 25 — à Cto. erh. Bf. erw. —

Zürich Samstag, 4. Juli, Abends 8 Uhr, im „Pfaue[illegible] Zeltweg, Hottingen:

Oeffentliche Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:

Die Rettung des Handwerkerstandes durch kleine Kraftmotoren.

Referent: Bgr. Manz.

Der Lokalausschuß

Zum Vertrieb für den Wahlfond der französischen Soz[illegible]demokraten empfehlen wir:

„Für die französischen Brüder!"

In Partien à 100 Expl. Mk. 10 —, Porto extra.

Wir empfehlen zum Massenbezug:

Lassalle: Indirekte Steuern.

Preis: 100 Expl. Mk. 25 — (Fr. 31 25).
Von 500 Expl. an je 100 Expl. Mk. 20 — Fr. 25 —).

Die Genossen können durch Verbreitung dieser Schrift am besten k[illegible] machen, wie groß der Raub ist, den die schutzzöllnerische Majorität [illegible] Reichstags durch Erhöhung der Zölle soeben am deutschen Volke [illegible]gangen hat.

Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich
und
Expedition des „Sozialdemokrat"